



Presseschau vom 19.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb von EU und Nato an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-

Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Moskaus Reaktion auf westliche Sanktionen: Schritte zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaft**

Die Sanktionen waren erfolglos, was die offiziellen Ziele angeht: Die russische Volkswirtschaft wurde nicht "ruiniert" (was Annalena Baerbock gerne sähe). Etwa bei der Staatsverschuldung steht Moskau besser da als der Westen – und plant jetzt weitere Stabilisierungsmaßnahmen. ...

<https://kurz.rt.com/2vjg> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Vollständige Rede von Russlands UN-Botschafter vor dem UN-Sicherheitsrat**

Diese Woche ist im UN-Sicherheitsrat erneut über die Ukraine und Russlands militärisches Vorgehen gesprochen worden. Auch Polens Außenminister Zbigniew Rau sprach dort als derzeitiger Vorsitzender der OSZE. Er warf Russland „Staatsterrorismus“ vor, da es „gezielt verbotene Waffen auf Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten“ steuere. Der russische UN-Gesandte Wassili Nebesja wies die Vorwürfe zurück und warf der OSZE, aber auch Teilen der UN vor, parteilich zu sein. ...

<https://kurz.rt.com/2vjk> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Faktencheck: Fast alle Argumente der "Fraktion Impfpflicht" längst widerlegt**

Das Parlament beriet am Donnerstag fünf Anträge für oder gegen eine Corona-Impfpflicht. Auch die radikalste Front von 236 Abgeordneten, die alle Bürger ab 18 Jahren durchimpfen wollen, trug ihre Gründe vor. Doch diese halten der Realität nicht stand. Ein Faktencheck. ...

<https://kurz.rt.com/2vi9> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:01 (18:01) novorosinform.org: **Der SBU bereitet eine Provokation vor, ein Krankenhaus in Dnepropetrowsk soll in die Luft gesprengt werden**

Das russische Verteidigungsministerium habe dem SBU vorgeworfen, eine Provokation in einem der städtischen Krankenhäuser vorbereitet zu haben, um später die russische Seite dafür verantwortlich zu machen, schreibt TASS.

Laut dem Generalmajor der russischen Streitkräfte Igor Konaschenkov hätten die ukrainischen Sicherheitskräfte bereits Patienten und Krankenhauspersonal evakuiert und einen Teil des Gebäudes vermint. Es handle sich um das zweite städtische Krankenhaus von Dnepropetrowsk, das sich in der Nigojan-Straße 53 befindet.

"Die Sprengung des verminten Krankenhausgebäudes soll von der SBU während eines Fluges über Dnepropetrowsk, ich betone, von jedem beliebigen russischen Flugzeug durchgeführt werden", sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums.

In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass die russische Luftfahrt niemals Kampfeinsätze zur Zerstörung von Krankenhäusern oder anderen sozialen Einrichtungen auf dem Territorium von Dnepropetrowsk hatte.

21:27 (19:27) novorosinform.org: **Bastrykin beauftragte, einen Bericht über das Geheimgefängnis in Mariupol vorzubereiten**

Alexander Bastrykin, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Russlands, ordnete eine

Untersuchung der Umstände der Errichtung des Gefängnisses „Bibliothek“ in Mariupol an, in dem ukrainische Nationalisten Menschen folterten.

Dies wird auf der offiziellen Website des Untersuchungsausschusses mitgeteilt.

„Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation, Alexander Iwanowitsch Bastrykin, beauftragte die Hauptuntersuchungsabteilung des Russischen Untersuchungsausschusses, alle Umstände für die Einrichtung eines Gefängnisses in der Stadt Mariupol für Gegner des Staatsstreichs in der Ukraine im Jahr 2014 zu ermitteln, sowie für die Kämpfer der Volksrepubliken Donezk und Lugansk“, heißt es in der Erklärung.

Nachdem die Streitkräfte der DVR die Kontrolle über das Gebäude mit dem Codenamen „Bibliothek“ übernommen hatten, wurden Dokumente gefunden, die bestätigten, dass es dort ein Gefängnis gab, das dem Neonazi-Bataillon „Asow“ unterstand.

In dem Gebäude wurden Menschen festgehalten, die mit den Aktionen der Nationalisten nicht einverstanden waren. Sie wurden misshandelt und gefoltert.



https://novorosinform.org/content/images/13/42/41342_720x405.jpg

21:25 de.rt.com: **Russlands "Schmutzige Tricks": Britische Minister erbost über angebliche Fake-Anrufe**

Zwei britische Minister, zuständig für Sicherheitsfragen, berichteten über angebliche Fake-Anrufe. So soll den Verteidigungsminister jemand erreicht haben, der sich als ukrainischer Premierminister ausgegeben hätte. Wallace soll eine Untersuchung des Vorfalls angeordnet haben.

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace hat Russland "schmutzige Tricks" vorgeworfen und eine Sicherheitsuntersuchung angeordnet, um herauszufinden, wie jemand, der sich als Denys Schmyhal, Premierminister der Ukraine, ausgegeben hatte, ihn am Donnerstag anrufen konnte. Wallace hat am Donnerstagmorgen via Kurznachrichtendienst Twitter geschrieben:

"Heute hat ein Betrüger, der sich als Premierminister der Ukraine ausgab, versucht, mit mir zu sprechen."

Er habe den Anruf "beendet", so Wallace, "nachdem der Mann mehrere irreführende Fragen" gestellt habe, die ihn misstrauisch machten. Der britische Verteidigungsminister prangerte den Anruf als Beispiel für "russische Desinformation, Verzerrung und schmutzige Tricks" an, wobei er keinerlei Beweise vorlegte.

Innenministerin Priti Patel meldete sich inzwischen zu Wort und sagte, dies sei auch ihr "Anfang dieser Woche" passiert, und nannte es einen "erbärmlichen Versuch, uns in solch schwierigen Zeiten zu spalten".

Wie nun britische Medien berichten, soll es gar zu einem Videotelefonat zwischen Wallace und dem vermeintlich ukrainischen Premierminister gekommen sein. Demnach soll das

Gespräch "auf ordentlichem Weg angeleiert" worden sein – im Rahmen einer E-Mail von einer Person, die vorgab, ein Mitarbeiter der ukrainischen Botschaft zu sein. Laut einem Bericht des britischen Senders BBC habe das Gespräch rund zehn Minuten gedauert und der Mann habe vor einer ukrainischen Flagge posiert. Demnach habe Wallace etwa Fragen über die NATO und die Ambitionen Kiews über den Beitritt gestellt bekommen, oder über den Stand der Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland. Auch wollte der Mann demnach wissen, ob Großbritannien Kriegsschiffe ins Schwarze Meer entsenden würde. Wallace hat demnach den ukrainischen Premierminister noch nie persönlich getroffen. Holly Lynch, britische Labour-Politikerin und Parlamentsabgeordnete, nannte es "besorgniserregend", dass es jemandem gelungen sei, sich auf betrügerische Weise Zugang zu zwei der ranghöchsten britischen Minister zu verschaffen, die für die Sicherheit zuständig seien. Der britischen Zeitung Guardian sagte sie: "Es muss dringend untersucht werden, wie es dazu gekommen ist, damit die notwendigen Schritte unternommen werden können, um weitere derartige Vorfälle zu vermeiden."

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete wenig später, dass Wallace genau eine solche Untersuchung angeordnet habe.

Wenige Minuten bevor Wallace über seinen mysteriösen Anrufer via Twitter berichtete, hatte der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov via Facebook geschrieben, dass Kiews westliche Verbündete wachsam sein sollten, weil zahlreiche "lords of war" versuchten, vom Zustrom der Militärhilfe für sein Land zu profitieren.

"Solche Personen geben sich als 'Berater', 'Assistenten', 'Abteilungsleiter' aus und legen sogar gefälschte 'Dokumente' vor, um ihre 'offiziellen Funktionen' zu belegen", so Reznikov. Es seien aber in Wirklichkeit "Abschaum, Plünderer und Verräter", die sich die eigenen Taschen füllen oder dem Feind helfen wollten. Er forderte die westlichen Regierungen auf, bei den ukrainischen Botschaften oder Militärattachés die Legitimation aller Personen zu überprüfen und alle Betrüger der Polizei zu übergeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234a53bb480cc72c4039b09.jpg>

22:19 de.rt.com: **Lawrow im RT-Interview über Entnazifizierung der Ukraine und Beziehungen zum Westen**

In einem umfassenden Interview mit RT hat der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärt, was das konkrete Ziel der Entnazifizierung der Ukraine ist. Auch die zukünftigen Perspektiven der Zusammenarbeit Russlands mit westlichen Staaten hat Lawrow erläutert. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges hat der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem ausführlichen Interview mit RT über die Ziele Russlands bei dieser Militäraktion gegeben. Auch erklärte er die Sachlage und die Perspektiven der Beziehungen Moskaus mit den westlichen Staaten angesichts des Konfliktes und der präzedenzlosen anti-russischen Sanktionen.

Lawrow unterstrich, Russland habe nie "Fragen" an das ukrainische Volk gehabt und äußerte

die Hoffnung, dass man aus "dieser anormalen Situation" heraus wieder zu einem guten Verhältnis zurückkehren werde. Die Entnazifizierung der Ukraine bedeute die Aufhebung aller Gesetze, die die russischsprachige Bevölkerung des Landes diskriminierten, so der Minister. Die russische Militäroperation habe die Bedrohung eines Angriffs der ukrainischen Streitkräfte auf die Volksrepubliken Donezk und Lugansk verhindert.

Außerdem äußerte sich der russische Außenminister zum Druck, den der Westen auf Russland ausübt. Laut Lawrow wolle der Westen Russland diskreditieren und seine Entwicklung aufhalten. Die Illusion, dass Russland sich auf seine westlichen Partner verlassen könne, sei zerbrochen, so der russische Chefdiplomat:

"Jetzt können wir uns nur auf uns selbst und auf die Verbündeten verlassen, die zu uns stehen. Das ist die Hauptschlussfolgerung für Russland."

Es gebe Akteure, die mit der Gestaltung der Welt als ein "globales Dorf unter der Leitung eines Sheriffs aus den USA" nicht einverstanden seien. In diesem Zusammenhang nannte der Minister China, Indien, Brasilien und Mexiko.

Bezüglich der Sanktionen und angesichts der Tatsache, dass mehrere internationale Unternehmen ihre Tätigkeit in Russland einstellen, sagte der Minister, Russland verschließe die Tür nicht. Es sei der Westen, der das tue. Wenn die Tür wieder geöffnet sei, werde sich Russland die angebotenen Projekte zur Zusammenarbeit ansehen. Lawrow weiter:

"Wir werden mit ihnen zusammenarbeiten, wobei wir immer in Erinnerung haben werden, dass wir uns nicht leisten können zu denken, dass sie zuverlässige und langfristige Verbündete sind."

In Bezug auf die Forderung Kiews, eine Flugverbotszone im Luftraum der Ukraine zu schaffen, erklärte Lawrow, der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij wisse sehr wohl, dass US-Präsident Joe Biden ein erfahrener Politiker sei, der gut verstehe, dass solche Schritte eine Konfrontation zwischen der NATO und Russland hervorrufen könnten.

Kiew hoffe aber, so Lawrow, auf "weniger verantwortungsvolle US-Politiker", die sich von der "ukrainischen Lobby und russophoben Motiven" leiten ließen.

Russland werde alle Waffenlieferungen an die Ukraine als legitime Ziele ansehen, betonte Lawrow.

Europa habe den Versuch, seine Unabhängigkeit von den USA zu erkämpfen, fast aufgegeben. Gleichzeitig strebten die USA danach, eine monopolare Welt zu schaffen, die sich einem "amerikanischen Saloon" ähnele, wo alle "nach der Pfeife des Stärksten" tanzten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62346d2348fbef717a6389f1.png>

22:41 de.rt.com: **Chefin der russischen Zentralbank: Manuelle Preisregulierung könnte zu Warenmangel führen**

Die russische Zentralbank wird ihre Politik so gestalten, dass die Inflation bis 2024 auf vier

Prozent zurückgeht. Das hat die Chefin der Regulierungsbehörde, Elwira Nabiullina, verkündet. Die Erhöhung des Leitzinses sei eine Anti-Krisen-Maßnahme. Der Zinssatz werde gesenkt, wenn sich die Situation stabilisiert.

Während eines Briefings am Freitag sprach die Chefin der Bank von Russland, Elwira Nabiullina, über die Anti-Krisen-Maßnahmen, den Leitzins und die Inflation im Land. Laut der offiziellen Website der Bank von Russland erklärte sie:

"Wir werden die Geldpolitik so durchführen, dass die Wirtschaft Zeit hat, sich an die neuen externen Bedingungen anzupassen, aber unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Inflation im Jahr 2024 wieder auf das Zielniveau zu bringen."

Gleichzeitig warnte die Zentralbankchefin vor einer manuellen Preisregulierung, die unweigerlich zu einer Verknappung und Verschlechterung der Waren führen würde.

Nabiullina wies auch darauf hin, dass die Wiedereinführung der Geldverkehrskontrollen eine Notmaßnahme sei, da die russischen Devisenreserven im Rahmen der westlichen Sanktionen eingefroren wurden. Sie erklärte:

"Zunächst wurden Elemente von Kapitalkontrollen eingeführt. Dies war eine erzwungene Entscheidung im Zusammenhang mit der begrenzten Fähigkeit der Zentralbank, internationale Reserven zu veräußern."

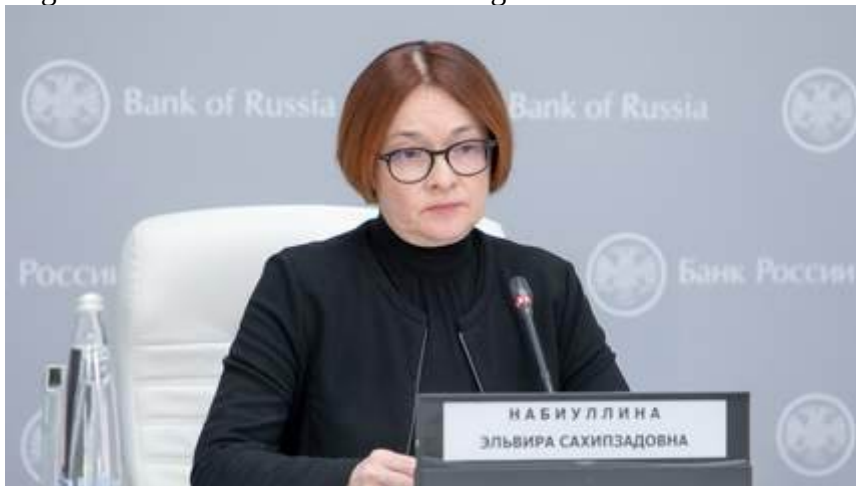
Als einen der Anti-Krisen-Schritte nannte die Chefin der Regulierungsbehörde eine Erhöhung des Leitzinses, der, wie sie sagte, mit der Normalisierung der wirtschaftlichen Lage wieder sinken werde:

"Die Zinserhöhung ist eine vorübergehende Maßnahme zur Krisenbekämpfung. Wenn sich die Lage ausreichend stabilisiert, werden die Zinsen sinken."

Nabiullina führte die Zunahme der Inflation Ende Februar und Anfang März auf den Nachfrageanstieg im Non-Food-Bereich zurück.

In den letzten Wochen haben die Bürgerinnen und Bürger aktiv Haushaltsgeräte, Elektronik und Möbel gekauft, weil sie befürchteten, dass der Zugang zu westlichen Waren aufgrund der Sanktionen gesperrt wird. Sie fügte hinzu, dass die weitere Inflationsdynamik davon abhängen werde, wie schnell sich die Wirtschaft an die neuen Bedingungen anpasst.

Ihr zufolge sind heute fast alle Unternehmen mit Unterbrechungen in den Produktions- und Logistikketten und bei der Abrechnung mit ausländischen Geschäftspartnern konfrontiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234cdc5b480cc384f73e69b.jpg>

1:00 (23:00) rusvesna.su: **EU will "sanktioniertes" Eigentum der Russen verwenden, um der Ukraine zu helfen – Bloomberg**

Die EU-Behörden prüfen, ob sie das Eigentum von Russen im Rahmen der Sanktionen zur Finanzierung der Wiederherstellung der Ukraine verwenden können. Das berichtet Bloomberg.

„Die EU-Behörden diskutieren über die Verwendung des Vermögens von russischen

Geschäftsleuten, die Sanktionen unterliegen“, sagte ein Korrespondent der Agentur unter Berufung auf nicht genannte Quellen.
Laut Bloomberg könnten die Mittel zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine verwendet werden.

2:00 (0:00) rusvesna.su: **Deutschland hat die Möglichkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine ausgeschöpft**

In Deutschland hieß es, die Möglichkeiten der Bundeswehr in Sachen Waffenlieferungen an die Ukraine seien praktisch ausgeschöpft.

Das teilte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht in einem Interview mit dem Deutschlandfunk mit.

„Die Möglichkeiten durch die Bundeswehr sind ausgeschöpft“, beschrieb die Ministerin die Lage bei Waffenlieferungen an die Ukraine.

„Wir prüfen, welche Möglichkeiten darüber hinaus bestehen“, fügte sie hinzu.

Ihr zufolge gäbe es eine Option für Kiew, Waffen zu kaufen.

„Das wäre in diesem Fall ein Weg, der über das Wirtschaftsministerium führt, da es sich hier um Rüstungsexporte handelt“, erklärte Lambrecht.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/reyhstag_germaniya.jpg

2:30 (0:30) rusvesna.su: **Hunderte tote und verwundete Kämpfer: Kiew verschweigt das Ausmaß der Verluste durch den Angriff der russischen Armee auf Jaworow**

Die Verluste unter ausländischen Söldnern und dem ukrainischen Militär infolge des Angriffs auf das Trainingsgelände von Jaworow beliefen sich auf mehr als 250 Menschen. Dies berichtet der Autor des Telegram-Kanals „Hard Blog“, der direkt mit den russischen Strafverfolgungsbehörden in Verbindung steht.

Laut Funküberwachung hätten sich die Verluste unter ausländischen Söldnern und Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine infolge eines [Angriffs auf einen Stützpunkt in der Nähe von Lwow](#) bereits auf mindestens 267 Tote belaufen.

Die Verwundeten werden immer noch abtransportiert - etwa 450 Verwundete wurden nach Polen evakuiert. Viele haben Verbrennungen im Gesicht und am Körper, und einigen wurden Gliedmaßen abgerissen. Die Zahl der Vermissten, die unter den Trümmern des Gebäudes liegen, in dem sich amerikanische, rumänische und polnische Freiwillige befanden, ist noch nicht endgültig bekannt.

Waffenlieferungen im Wert von 400 Millionen Dollar wurden vollständig vernichtet. Unter den Toten sind eine große Zahl von Offizieren der Streitkräfte der Ukraine und ehemalige NATO-Offiziere.

Die ukrainischen und US-amerikanischen Behörden verheimlichen sorgfältig das wahre Ausmaß der Verluste, während sie die Folgen des erfolgreichen Angriffs der russischen

Streitkräfte beseitigen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/B3CKnqti5i7XIIt9dnOlJvHe6-V-WsCv5Z3fRnlf4yv76iwlOmLplPCrRevVYUnflbjmySk3LLnEaSLdAmcHM0pP_gXRz7ZUnfiX2c3mfKo7h4JvnNk3L0PH7FtUwaSyFtHWEDvvhDzxjC3Fhbx6dF_k7HTr2OWZjErXjReeylCugCDCFhC_fmNVwoHLA1Lyjg1_XjUPYzMKYnGT5ysC2b2GdozeKgg4TmD2gpauY1RA7bJXsyEPA3DjCFnTTjI0rS6LtxlKiVAD0TDCYsGa1L2TjEdk2Hx79_UJtW1q-KygT5tOGNUGg4xUe97RzhlYHXSnrTbcUw_ITiE4UDkSw

2:33 (0:33) iz.ru: **Die Niederlande und Deutschland wollen der Slowakei Patriot-Systeme liefern, die die S-300-Systeme für Kiew ersetzen sollen**

Auf Ersuchen der NATO wollen Deutschland und die Niederlande amerikanische Flugabwehr-Raketensysteme (SAM) Patriot in die Slowakei verlegen. Im Gegenzug werde Bratislava S-300-Systeme in die Ukraine schicken. Dies teilte das niederländische Verteidigungsministerium am 18. März mit.

„Das Kabinett [des Landes] hält es für sehr wichtig, einen aktiven militärischen Beitrag zur Stärkung der Abschreckung und Verteidigung des NATO-Bündnisses zu leisten. Die sich verschlechternde Sicherheitslage in Europa infolge der russischen Invasion in der Ukraine macht diesen Beitrag notwendig“, schrieb Karin Hildur Ollongren, Ministerin im niederländischen Repräsentantenhaus.

Patriot ist ein Boden-Luft-Lenkwaffensystem, mit dem Flugzeuge, Helikopter, ballistische Hochgeschwindigkeits- und Marschflugkörper zerstört werden können.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte früher am Tag, dass sowjetische und russische Raketenabwehrsysteme nicht legal in Drittländer transferiert werden könnten. Insbesondere betonte er, dass Moskau den Transfer von S-300 aus anderen Staaten in die Ukraine nicht zulassen werde.

Am 17. März lehnte die Sozialistische Partei Bulgariens den Transfer von S-300-Luftverteidigungssystemen in die Ukraine ab. Am selben Tag berichtete die britische Zeitung Financial Times, dass der Chef des Pentagon, Lloyd Austin, bei einem Besuch in der Slowakei und Bulgarien die Möglichkeit der Lieferung sowjetischer S-300-Systeme erörtern werde. Am selben Tag erörterte der slowakische Verteidigungsminister Jaroslav Nagy mit seinem amerikanischen Amtskollegen die Lage in der Ukraine und die Verteidigung der Ostgrenze. Darüber hinaus berührte das Gespräch die Lieferung von Militärhilfe an die Ukraine durch die Slowakei - sowjetische Luftverteidigungssysteme.

Russland verurteilt Waffenlieferungen an die Ukraine. So sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass der Westen Kiew zu Blutvergießen treibe, indem er Waffen und Söldner an die Ukraine liefere. ...



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/20220310_gaf_u39_1132.jpg?itok=s9Uc36Rg

2:45 (0:45) z.ru: **Der Ex-Präsident der Tschechischen Republik verurteilte Russophobie und weigerte sich, die russische Medaille zurückzugeben**

Der frühere tschechische Präsident Vaclav Klaus verurteilte jede Äußerung von Russophobie, die im Zusammenhang mit Moskaus Spezialoperation zum Schutz des Donbass auftauchte. Eine entsprechende Erklärung gab er am Freitag, dem 18. März, ab.

„Ich lehne die billige Russophobie ab, die heute existiert, und ich lehne die bestehende Leugnung der russischen Kultur und all das ab“, zitierte die Zeitung Lidovky den Politiker. Klaus bemerkte auch, dass er sich geweigert habe, auf Aufforderungen zur Rückgabe des ihm 2007 verliehenen russischen Staatspreises – der Puschkin-Medaille – zu reagieren, und präzisierte, dass er „diese banalen Streiche mit dem Preis ablehnt“.

Laut dem Ex-Präsidenten wäre es „kindisch“, diese Medaille trotzig an jemanden zurückzugeben, „das ist nicht die Medaille von [dem russischen Präsidenten Wladimir] Putin, das ist die Medaille von [dem Schriftsteller Alexander] Puschkin.“

Vaclav Klaus war von 2003 bis 2013 Staatsoberhaupt der Tschechischen Republik.

Darüber hinaus verurteilte Klaus in dem Zeitungsartikel die Auswirkungen der Situation in der Ukraine auf Russland sowie die Tschechische Republik. Insbesondere werden seiner Meinung nach die Kosten für den Aufenthalt ukrainischer Flüchtlinge in der Tschechischen Republik viel höher sein als die Kosten der Coronavirus-Pandemie.

Am Freitag zuvor meldete die russische Botschaft in Prag eine Zunahme der Russophobie in der Tschechischen Republik. Die diplomatische Mission stellte fest, dass die Russophobie in der Tschechischen Republik immer gefährlicher wird, die Zahl der Straftaten auf dieser Grundlage gegen russischsprachige Bürger steigt.

Insbesondere wird berichtet, dass in den tschechischen Medien und sozialen Netzwerken die Zahl der Berichte über die Belästigung russischsprachiger Personen in den Bildungseinrichtungen des Landes, die Verletzung ihrer Rechte, die Verweigerung medizinischer Leistungen sowie die Tatsachen verbaler und körperlicher Angriffe zunehmen. Die russische Botschaft empfahl, dass Russen, die mit feindseligen Aktionen konfrontiert sind, sich an die örtlichen Strafverfolgungsbehörden, die russische Botschaft in der Tschechischen Republik und das Rossotrudnitschestwo-Büro in Prag wenden sollten.

Der Kreml forderte die Russen auf, wegen der Russophobie im Westen vorsichtig zu sein.

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow gibt es in einer Reihe westlicher Länder Hass auf Russen und russische Bürger im Zusammenhang mit der laufenden Operation in der Ukraine. ...



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/20210525_gaf_u60_029.jpg?itok=wHISj2ED

3:30 (1:30) rusvesna.su: **Die EU will der Ukraine weitere 500 Millionen Euro an Militärhilfe zuweisen**

Die Europäische Union will der Ukraine in naher Zukunft weitere 500 Millionen Euro für Militärhilfe zusprechen, schreibt die DW.

Die EU-Außen- und Verteidigungsminister werden bei einem Treffen am 21. März über diese Erhöhung beraten, sich aber an diesem Tag nicht endgültig darüber beschließen, da Deutschland für solche Mehrkosten die Zustimmung des Bundestages benötige. Im Deutschen Bundestag solle diese Frage am 23. März beraten werden.

Die Genehmigung von zusätzlichen 500 Millionen Euro in der EU erfordert die Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten.

„Wir erwarten, dass die EU-Mitgliedstaaten voll und ganz anerkennen, wie wichtig es ist, der Ukraine weiterhin militärische Hilfe zu leisten. Wir erwarten, dass der Rat der EU dem Vorschlag des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sehr bald zustimmen wird. Am Montag wird keine Entscheidung getroffen (...) Aber ich denke, es gibt politische Einigkeit darüber, dass wir mehr tun müssen“, sagte ein hochrangiger EU-Beamter der DW.

Ende Februar beschloss die EU, 500 Millionen Euro bereitzustellen, um die ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität mit tödlichen Waffen und Hilfsgütern zu versorgen. Es war die erste derartige Entscheidung in der Geschichte der Europäischen Union.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/ukraina_evropa_devushki.jpg

vormittags:

8:34 (6:34) rusvesna.su: **Die Streitkräfte der Ukraine haben den Zugang zum Asowschen Meer verloren, in Mariupol gibt es eine Säuberung von den Nazis von "Asow"**

In der Nacht des 19. März veröffentlichte der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine einen weiteren Bericht über die Einsatzsituation, in dem er den Verlust des Zugangs zum Asowschen Meer anerkannte.

In Mariupol gehen unterdessen heftige Kämpfe weiter, die verbleibenden Einheiten des Nazi-Bataillons „Asow“ werden in einzelne Stadtviertel zurückgedrängt.

Sie appellieren vergeblich an die ukrainischen Behörden und bitten um Hilfe bei ihrer Befreiung. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij wurde auch von einem örtlichen ukrainischen Polizeibeamten angesprochen, der zugab, dass die „Stingers“ und andere Manpads im Wesentlichen nutzlos gegen die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte seien. Zivilisten, denen es gelingt, aus Mariupol herauszukommen, erreichen den vom Ministerium für Notsituationen der DVR im Gebiet der Siedlung eingesetzten Hilfspunkt Besimenneje. Gleichzeitig inspizieren Kämpfer am Ausgang von Mariupol Männer, die die Stadt verlassen, auf Nazi-Tätowierungen. Nazis in Zivil die Flucht aus der Stadt zu gestatten, ist inakzeptabel.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/d3-HEBCE79KZ6Rqyn4StZwOTSZD4I-Dxbk7Z7m8eivy0M5df34t137KaWUsjWthMaAwxmaO87gdO5GoSSl2ZnePWa4s8JJQoAyD6aQAlfuSzmSOQ8kyU5boaMkCf7ZPs1ogcJkqN1lnR6tBInfg-E1DCY-6jeBnY7sE-vt-UvzKvwUI30f8PXW1fQvZeYtziprpfVYw7LE9iQhbe4dSDIpndl_GcDWcMSKMILospE5ytqrll1sah0TM4XTmR-8YzBlE7cGkIP-HDifPwOvHjA8EygFqX5QrBVLM2TPkhzN7-PCKBLNOrUtLgTUcQLJ8KaTT4mKVNuz7pHSPQcU1bA.jpg

7:31 de.rt.com: **Ukrainischer Parlamentschef betont rote Linien für Verhandlungen mit Russland**

Der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk betont in einem am Freitag auf der Webseite der Obersten Rada veröffentlichten Beitrag, dass die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre staatliche Unabhängigkeit für Kiew die "unverrückbaren" roten Linien bei den aktuellen Friedensverhandlungen mit Russland seien. Deshalb könne es nur ein Ergebnis geben:

"Das ist unser Sieg."

Auf dem Weg zu diesem "Sieg" gehe man "Schritt für Schritt" die wichtigen Punkte an und bewege sich in die richtige Richtung. Das ukrainische Volk habe für seine Unabhängigkeit bereits mit dem Leben vieler Bürger bezahlt, und die Schuld daran trage Russland.

"Es ist uns wichtig, die Sicherheit wiederherzustellen und Garantien für das sichere Funktionieren unseres Staates zu erhalten."

Mit Blick auf die von Moskau geforderte Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk, betont der Parlamentspräsident, diese lägen weiterhin innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine.

Stefantschuk ist in die derzeitigen Verhandlungen mit Russland und den damit verbundenen Entscheidungsprozess eingebunden. Delegationen Moskaus und Kiews verhandeln seit dem 28. Februar über eine mögliche Friedenslösung. Nach Darstellung des russischen Verhandlungsführers Wladimir Medinski habe man sich in der "Schlüsselfrage" einer möglichen Neutralität oder NATO-Mitgliedschaft der Ukraine angenähert. Es gebe aber noch einige offene Punkte, wie etwa Sicherheitsgarantien für die Ukraine. In der Frage der von Moskau geforderten "Entmilitarisierung" der Ukraine sei man "irgendwo in der Mitte".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62356849b480cc14ef26d112.jpg>

7:50 de.rt.com: **Propaganda: Kiew gibt im Donbass durch ukrainische Rakete getötete Zivilisten als eigene Opfer aus**

Ukrainische Propaganda fälscht weiterhin Nachrichten. Das ukrainische Außenministerium postete auf seinem offiziellen Twitter-Account Bilder von Opfern des Beschusses durch das ukrainische Militär in Donezk und gab sie als Bürger des Landes aus.

Am Montag, den 14. März, haben die ukrainischen Streitkräfte einen Angriff auf das Zentrum von Donezk durchgeführt und hierbei eine Totschka-U-Rakete mit international geächteter Streumunition gegen Zivilisten eingesetzt. Die Luftverteidigungskräfte der Volksrepublik Donezk konnten das Geschoss zwar abfangen und in der Luft teilweise zerstören, aber es war nicht möglich, Opfer unter Zivilisten zu verhindern. Mehr als 20 Menschen, darunter Kinder, wurden getötet.

Erst Tage später, am Freitag, beschloss das ukrainische Außenministerium, auf das Kriegsverbrechen hinzuweisen – und zwar mit einem besonderen Maß an Zynismus. Das Ministerium veröffentlichte [Aufnahmen des Angriffs](#) in den sozialen Medien. Das Foto zeigt die Opfer des Raketenangriffs und die Nachricht wird von einer Bildunterschrift begleitet: "Sie können die Sprache nicht verstehen, aber der Kummer in ihren Gesichtern ist für alle sichtbar."

Es ist wichtig festzuhalten, dass in der offiziellen Reaktion des ukrainischen Außenministeriums kein einziges Wort über die Verantwortung der Kiewer Führung und der ukrainischen Streitkräfte für dieses Kriegsverbrechen zu finden ist.

Rosemary DiCarlo, die UN-Untergeneralsekretärin für politische Angelegenheiten, sagte während einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates, dass der Raketenangriff auf Donezk vom 14. März untersucht werden müsse.

Sie wies darauf hin, dass das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte über Tote unter der Zivilbevölkerung in der Ukraine berichtet hat, auch in den von den Volksrepubliken Lugansk und Donezk kontrollierten Gebieten. Mitarbeiter der Vereinten Nationen, so DiCarlo weiter, würden die Sachlage des Vorfalls vom 14. März aufmerksam verfolgen. Berichten zufolge seien mehr als 20 Menschen durch eine Totschka-U-Rakete, die möglicherweise eine Streubombe trug, getötet worden. DiCarlo sagte:

"Alle Vorfälle dieser Art müssen gründlich untersucht werden."

Am Donnerstagabend feuerten die ukrainischen Streitkräfte außerdem drei Totschka-U-Raketen auf das von russischen Truppen befreite Melitopol ab. Dies berichtete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblast Saporoschkaja. Auf [Telegram veröffentlichte Rogow ein Video](#), das den Start einer ballistischen Rakete vom Typ Totschka-U zeigen soll. Er schrieb:

"Eine Rakete wurde vom Flugabwehrsystem abgeschossen, wobei ein Splitter eine Hochdruckgasleitung durchbrochen hat. Die zweite Rakete wurde vom Luftabwehrsystem abgelenkt und schlug außerhalb eines Wohngebiets ein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234dc14b480cc38c63731c2.jpg>

8:29 de.rt.com: **Weltraumkonferenz zensiert den Namen des russischen Kosmonauten Juri Gagarin**

Aufgrund des Krieges in der Ukraine wird eine Veranstaltung der Space-Foundation, die nach Juri Gagarin, dem ersten Menschen im All, benannt war, umbenannt – weil er Russe war. Der Organisator wies darauf hin, dass die Veranstaltung "angesichts der aktuellen Weltereignisse" umbenannt wurde.

Als eine weitere Folge des Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen des Westens gegen Russland benennt eine Weltraumkonferenz eine Veranstaltung, die nach Juri Gagarin, dem ersten Menschen im Weltall, benannt werden sollte, um. Damit ist nun auch Gagarin, der seit mehr als einem halben Jahrhundert verstorben ist, von dem Druck, alles Russische zu sanktionieren, betroffen.

Auf einer großen Konferenz der US-Raumfahrtindustrie wurde Gagarins Name zensiert, womit der erste Mensch, der in den Weltraum flog, gewissermaßen aus dem Gedächtnis gestrichen werden soll. Die "Space Foundation" ist eine gemeinnützige Gruppe mit Sitz in Colorado. Die größtenteils von Führungskräften aus der Luft- und Raumfahrtindustrie geleitete Organisation änderte das Programm für ihr bevorstehendes Weltraumsymposium im April und benannte eine Fundraising-Party um, die zuvor den Titel "Yuri's Night" trug. Die "Space Foundation" wies darauf hin, dass "angesichts der aktuellen Weltereignisse" die Benefizveranstaltung in "A Celebration of Space" umbenannt wurde in: "Discover What's Next". Diese Seite wurde später gelöscht und durch ein aktualisiertes Konferenzprogramm ersetzt, in dem die Erklärung für die Absage von Gagarin nicht mehr enthalten war. Das jährliche Weltraum-Symposium findet in diesem Jahr zum 37. Mal statt und kostet mit

einem "Premium Access"-Pass fast 3.000 US-Dollar. Es zieht in der Regel etwa 10.000 Fachleute der Raumfahrtindustrie aus der ganzen Welt an. Der Schwerpunkt der umbenannten Veranstaltung bleibt derselbe: "Wir wollen die menschlichen Errungenschaften im Weltraum feiern und gleichzeitig die nächste Generation dazu inspirieren, nach den Sternen zu greifen", so die Stiftung.

Gagarin vollbrachte eine solche Leistung im April 1961, als er in der Wostok-1-Kapsel in eine Erdumlaufbahn flog. Diese historische Leistung machte ihn zu einer internationalen Berühmtheit und brachte ihm unter anderem den Titel "Held der Sowjetunion" ein, die höchste Auszeichnung der Sowjetunion. Der aus einem kleinen Dorf westlich von Moskau stammende Mann starb 1968 im Alter von 34 Jahren, als er als Fluglehrer tätig war. Der Kosmonaut zählt damit zu den jüngsten Beispielen russischer Ikonen, die posthum bestraft wird, da die USA und ihre NATO-Verbündeten wegen des Krieges in der Ukraine weitreichende Sanktionen gegen Moskau verhängt haben. So hat beispielsweise eine Universität in Mailand einen Kurs über den Schriftsteller Fjodor Dostojewski gestrichen, während die Philharmonie von Cardiff in Wales ihre Pläne für ein Tschaikowski-Programm verworfen hat. Natürlich wurden auch lebende Russen mit Sanktionen und Verachtung bedacht, von Präsident Wladimir Putin über Opernstars bis hin zu Sportlern. Die Auswirkungen haben sich sogar auf russische Katzen ausgeweitet, die von der Internationalen Katzenföderation in Paris von Wettbewerben in Übersee ausgeschlossen wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235898448fbef717a638a9c.jpg>

8:33 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium berichtet über Einsatz von "Kinschal"-Hyperschallraketen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem Pressebriefing am Samstagmorgen von einem Einsatz von Hyperschallraketen des Typs "Kinschal" berichtet. Dadurch sei ein größeres unterirdisches Munitionslager mit Raketen in der Siedlung Deljatin im ukrainischen Gebiet Iwano-Frankowsk zerstört worden. Mit Raketen des Typs "Bastion" seien außerdem Funkaufklärungszentren der ukrainischen Streitkräfte in den Ortschaften Weliki Dalnik und Welikodolinskoje im Gebiet Odessa zerstört worden. In der Nacht zum 19. März habe die russische Luftwaffe insgesamt 69 Militärobjekte in der Ukraine getroffen. Die russische Flugabwehr habe zwölf ukrainische Drohen in der Luft abgeschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623585cbb480cc14fb0db53f.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.3.22 um 10:30 Uhr**

Der Gegner hat **in den letzten 24 Stunden mehr als 311 Artillerie- und Mörsergeschosse** mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 4 Zivilisten, 26 wurden verletzt**. 44 Wohnhäuser, 11 Infrastrukturobjekte und 10 Fahrzeuge wurden beschädigt.

29 Umspannwerke im Petrowskij-Bezirk von Donezk haben keinen Strom, die **Stromversorgung für 4000 Verbraucher ist ausgefallen**. Eine Schule, zwei Kindergärten und 38 Mehrparteienwohnhäuser haben keine Heizung.

Infolge massiven Beschusses mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ von den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade **auf Jassinowataja wurden 18 Wohnhäuser, der Kindergarten Nr. 9, die Schule Nr. 2 beschädigt**. Zwei private Häuser brannten vollständig ab.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden aufgrund der ukrainischen Aggression **drei Zivilisten verletzt**.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden wurden bei gemeinsam Handlungen **35 Feuerstellungen und 35 Nationalisten vernichtet**. Zwei Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und ein Transportfahrzeug mit Munition für diese, zwei Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden erbeutet.

Bei der Säuberung von Marjinka von ukrainischen Nationalisten haben **neun Soldaten der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte freiwillig die Waffen niedergelegt** und so ihr Leben bewahrt. Zwei von ihnen erhielten qualifizierte medizinische Behandlungen, ihr Leben ist nicht bedroht.

Fälle von Flucht und Verlassen von untergebenen Einheiten durch Kommandeure der bewaffneten Formationen der Ukraine werden normal.

Von freiwillig auf unsere Seite übergegangenen Soldaten wurde uns bekannt, dass der

Kommandeur der 1. Panzerbrigade Oberst Leonid Alexejewitsch Choda geflohen ist. Allem Anschein nach wurde Choda bewusst, dass es für ihn nach dem Erschießen friedlicher Bürger nur den direkten Weg auf die Anklagebank gibt, im Zusammenhang damit entschied er, nach Ushgorod zu fliehen, um weiter mit seiner großen Familie in ein EU-Land auszureisen. Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, das Kommando hat sie im Stich gelassen. Folgen Sie dem Beispiel ihrer Kameraden und retten Sie ihr Leben. Nur wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergehen werden sie zu Ihren Familien nach Hause zurückkehren können.

12:03 (10:03) sputnik.by: **Russland bietet der Ukraine an, wie Weißrussland zu werden – Lukaschenko**

Russland biete der Ukraine an, wie Belarus zu werden, sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit dem japanischen Fernsehsender TBS.

Ihm zufolge sollte Kiew keine Atomwaffen haben und Russland nicht bedrohen.

„Das heißt, die Ukraine sollte wie Weißrussland werden, mit gewissen Nuancen: Sie sollte kein Sprungbrett für einen Angriff auf Russland sein, sie sollte keine Atomwaffen haben und Russland nicht bedrohen. Sie sollte den Menschen, die in der Ukraine leben, nicht verbieten, irgendwelche Sprachen zu sprechen, viele dort sind Russen“, sagte er in einem Interview, das auf dem Youtube-Kanal von ATN gezeigt wurde .

Lukaschenko merkte an, dass Belarus nicht die Absicht habe, sich an den Feindseligkeiten in der Ukraine zu beteiligen, und alles tun werde, um sie zu stoppen.

Ergebnis des Konflikts

Laut Lukaschenko sei jetzt ein guter Moment für die Ukraine, aus der Situation herauszukommen – schließlich biete Russland Verhandlungen an. Aber wenn die Ukraine mit der Russischen Föderation nicht einverstanden sei, müsse sie bald eine Kapitulationsurkunde unterzeichnen.

„Wenn diese Gelegenheit verstrichen ist, wird sie höchstwahrscheinlich nicht zurückkehren. Diese Möglichkeit wird nicht wieder vorkommen. Deshalb muss die Ukraine an diesem Moment festhalten. Und das würde für die Ukraine, Russland und Weißrussland von Vorteil sein. Die Hauptsache ist, dass man Tausende, Tausende Leben retten würde, wenn sie jetzt den Vertrag unterzeichnen“, glaubt Lukaschenko.

Wer kontrolliert die Situation in der Ukraine?

Ihm zufolge werde die Situation in der Ukraine von Vertretern des Westens und der Vereinigten Staaten kontrolliert, die sich jetzt in Kiew aufhalten.

„Es ist nicht Selenskij, der für den gesamten Prozess verantwortlich ist, und es sind nicht einmal Berater, die das Militär beraten, wie es sich verhalten soll - es sind die Vertreter des Westens und der USA, die die volle Kontrolle über die Militäroperation gegen Russland übernommen haben“, glaubt der belarussische Präsident .

Laut Lukaschenko beliefern sie die Ukraine nicht nur offiziell mit den modernsten Waffen, sondern bestimmen auch vollständig den militärischen Prozess im Land.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/02/18/1060733206_73:0:1150:606_1920x0_80_0_0_25dbba2c268b86cf358e68cf88461e75.jpg

10:06 de.rt.com: **Lawrow gegenüber RT: USA lagern brisante Infektionsstudien in andere Länder aus**

Russland vermutet, dass vom Pentagon finanzierte Bioforschungslabore in anderen Ländern, aufgrund der Geheimhaltung ihrer Arbeit eine Bedrohung darstellen könnten. Daher müssen diese Labore für Inspektionen geöffnet werden, so Außenminister Lawrow.

Wie Außenminister Sergei Lawrow gegenüber RT sagte, vermutet Russland, dass vom Pentagon finanzierte Bioforschungslabore in anderen Ländern, einschließlich der Ukraine, aufgrund der Geheimhaltung ihrer Arbeit eine Bedrohung darstellen könnten. Washington wolle offenbar nicht riskieren, seine eigene Bevölkerung der pathogenen Bedrohung auszusetzen, meinte Lawrow.

"Die Amerikaner haben vor einigen Jahren beschlossen, dass es zu gefährlich sei, [solche Forschungen] auf ihrem eigenen Boden durchzuführen. Also haben sie all diese bedrohlichen und gefährlichen Aktivitäten in andere Länder verlegt", so Lawrow.

Weiterhin stellte er fest, dass die USA ihre Forschungen und Experimente mehr und mehr entlang der Grenzen Russlands und Chinas konzentrieren.

Lawrow bezog sich dabei auf die von der Defense Threat Reduction Agency des Pentagon finanzierten Biolabore, deren Existenz während des russischen Angriffs auf die Ukraine bekannt wurde. Das russische Militär behauptet, Beweise dafür gefunden zu haben, dass die vom US-Verteidigungsministerium finanzierte Arbeit in ukrainischen Laboren militärischen Anwendungen dienen sollte.

Washington hat diese Behauptungen dementiert und damit Russlands frühere Verdächtigungen bezüglich der auf fremdem Territorium durchgeführten Forschung im Gegenzug für amerikanische Zuschüsse bekräftigt. Die US-Regierung erklärte, die Labore hätten der Erforschung neu auftretender Infektionen in der ganzen Welt gedient und seien ein Frühwarnsystem für Epidemien gewesen.

Die US-Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, sagte letzte Woche unter Eid aus, dass es "biologische Forschungseinrichtungen in der Ukraine" gebe und dass die USA Kiew bei der Zerstörung von Forschungsmaterialien unterstützten, damit diese nicht in die Hände Russlands gelangten.

In seinem Interview mit RT sagte Lawrow, dass es seiner Einschätzung nach weltweit mehr als 300 Biolabore gebe, die für das Pentagon forschen. Solche Einrichtungen sollten einer internationalen Überwachung unterstellt werden, um die Einhaltung des Übereinkommens über biologische Waffen zu gewährleisten, welches jegliche Arbeit im Zusammenhang mit biologischer Kriegsführung verbietet. Es gibt keinen Verifizierungsmechanismus für den

Vertrag – ein Versäumnis, das Moskau beheben möchte, so der russische Außenminister. Der UN-Sicherheitsrat soll auf Antrag Russlands im Laufe des Freitags zusammentreten, um ein rechtlich bindendes Protokoll zu dem Übereinkommen zu erörtern, "das verpflichtende Transparenzmaßnahmen von jedem teilnehmenden Staat verlangen würde", so der Minister. Die USA haben Versuche, ein solches Protokoll in den 1990er Jahren zu implementieren, stets erschwert, bevor sie es 2001 ganz blockierten, daher "werden die Amerikaner ... dagegen sein", sagte Lawrow voraus. Ein solches Verhalten bezeichnete er als "nicht vertretbar". Peking hat bereits früher Forderungen nach größerer Transparenz in der amerikanischen Bioforschung unterstützt und argumentiert, dass Washington nichts zu verbergen habe, wenn alle in ausländischen Laboren durchgeführten Arbeiten so harmlos wären, wie es behauptet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234dc40b480cc384f73e6ad.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 19.03.2022

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz hat der **Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik erlitten:**

ein Schützenpanzer;

ein Schützenpanzerwagen;

drei Fahrzeuge;

3 Mörser des Kalibers 120mm.

Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den **Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik** fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der LVR im GZKK **zwei Beschießungen des Territoriums der LVR auf zwei Ortschaften** der Republik festgestellt, in deren Folge in Irmino **drei Zivilisten starben und zwei verletzt** wurden.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Feuerpositionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

11:05 de.rt.com: Aleksandar Vučić wirft ausländischen Geheimdiensten Falschmeldungen über Bomben in nach Russland fliegenden Maschinen vor

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat im Fernsehsender TV PRVA ausländischen Geheimdiensten vorgeworfen, Falschmeldungen über Bomben in nach Russland fliegenden Maschinen zu verschicken. Er zeigte sich sehr verärgert über solche Vorfälle.

In dieser Woche hatte es mindestens fünf falsche Warnungen vor Bomben in Maschinen der Fluggesellschaft Air Serbia gegeben. Betroffen waren Flüge von Belgrad nach Moskau und Sankt Petersburg. Am 11., 14. und 16. März mussten die Flugzeuge in die serbische Hauptstadt zurückkehren. Mehrere Flüge wurden vor dem Abflug zusätzlich durchsucht. Die

falschen Warnungen sollen nach Angaben des serbischen Innenministeriums aus der Ukraine und aus Polen gekommen sein.

Am 12. März hatte Vučić erklärt, Serbien werde die Zahl der Flüge nach Russland wegen eines starken Drucks aus dem Ausland von zwei auf einen pro Tag reduzieren.

Die westlichen Lufträume sind für die russischen Gesellschaften gesperrt. Die Sanktionen betreffen auch westliche Ersatzteile, Investitionen und internationale Zulassungen. Rund 90 Prozent der Passagier- und Frachtmaschinen russischer Airlines wie Aeroflot und S7 stammten von Airbus und Boeing. Die meisten Jets sind zudem geleast und gehören in der Masse Flugzeugfinanzierern außerhalb Russlands. Diese fürchten jetzt um ihr Eigentum, weil nach den EU-Sanktionen die Verträge zum 28. März beendet werden müssen und sie nicht an die Flugzeuge herankommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235a148b480cc165e741cb7.jpg>

Telegram-Kanal AntiMaidan: **Der Abgeordnete des Oblastrats von Saporoshje Jewgenij Balizkij antwortete auf Aufrufe Kiews an die Einwohner von Melitopol, gegen die russischen Truppen zu kämpfen.**

„All diese Aufrufe zu ‚Protest und Widerstand‘ erinnern an eine Zeile aus einem Lied: ‚Ich liebe Dich so, wenn Du weit weg bist!‘ Es ist gut irgendwo in Kiew zu sitzen und klug zu reden – lasst uns alle für die Heimat sterben.

Sollen sie lieber erklären, wofür sie uns allen vorschlagen zu sterben. „Für unsere Straßen und Häuser“? Dann stellt auf unsere Häuser keine Mörser und startet keine Kampfdrohnen auf den Straßen. Über die Raketen, die sie auf unsere Häuser geschossen haben, habe ich schon gesprochen. „Für die ukrainische Erde“? So dass die Kiewer Regierung dieses Land verkauft, ohne die Menschen zu fragen, ohne irgendein Referendum. Für Werke und Fabriken? Die sind schon lange nicht mehr unsere, Oligarchen haben sie aufgekauft. Für Selenskij werde ich nicht kämpfen.

Ich habe 1991 für die Ukraine gestimmt, für die Unabhängigkeit, aber ich habe für ein anderes Land gestimmt. Nicht dafür, dass man uns das Recht nimmt, russisch zu sprechen, und nicht dafür, dass sie unsere Straßen umbenennen, ohne irgendwen zu fragen. Alles haben sie ohne uns gemacht. Und jetzt, wo es anbrennt, sagen sie, los, Patrioten, geht und kämpft. Wenn man mich fragt, war ich als Offizier nicht an den Kämpfen teilnehme? Ich habe meinen Eid der Sowjetunion gegeben – wofür soll ich bei euch kämpfen?“

11:10 de.rt.com: **Expertin: Westliche Neonazis strömen für ihre eigenen Ziele in die Ukraine**

Neonazis aus Westeuropa versuchen, Russlands Militäroffensive in der Ukraine für ihre Zwecke zu nutzen. Sie wollen die ehemalige Sowjetrepublik in einen Zufluchtsort für weiße

Nationalisten umgestalten, so eine führende Terrorismus-Analystin.

Rita Katz, die Geschäftsführerin der SITE Intelligence Group, hat sich Anfang der Woche in der Washington Post über die Bereitschaft von Neonazis aus Westeuropa, sich am Krieg gegen Russland in der Ukraine zu beteiligen, geäußert. Sie schrieb:

"Einige Neonazis sehen in diesem neuen Krieg einfach nur einen Ort, an dem sie ihre Gewaltphantasien ausleben können."

"Für andere jedoch ist die Kraft, die sie in den Konflikt zieht, eine gemeinsame Vision für einen ultranationalistischen Ethnostaat."

Neonazis, die dem Ruf der Ukraine nach freiwilligen Kämpfern aus der ganzen Welt folgen, seien nicht daran interessiert, das Land, "wie wir es kennen, eine multiethnische, demokratisch gesinnte Gesellschaft, die von einem jüdischen Präsidenten geführt wird", zu verteidigen, so Katz. Sie führte aus:

"Sie sehen die Ukraine als eine gute Gelegenheit, dieses Ziel zu verfolgen und sie zu einem Modell zu machen, das sie in die ganze Welt exportieren können."

Seit Russland vor drei Wochen in die Ukraine einmarschiert ist, würden westliche Online-Foren täglich mit dem Gedankengut freiwilliger Kämpfer geflutet, stellte die Analytikerin fest. Sie führte weiter aus, dass diese Foren unter anderem dazu genutzt werden, Fahrgemeinschaften zu organisieren, um sich dem Kampf gegen Russland anzuschließen und sich darüber auszutauschen, wie man die polnisch-ukrainische Grenze überqueren kann. Moskau ist jedoch der Ansicht, dass die Ukraine nicht so "demokratisch gesinnt" ist, wie Katz es darstellt. Präsident Wladimir Putin erklärte, dass die russische Militäroffensive darauf abzielt, die ukrainische Regierung zu "entmilitarisieren und entnazifizieren". Kiew hat Stepan Bandera und weitere Nazi-Kollaborateure des Zweiten Weltkriegs rehabilitiert und feiert diese als Helden. Das Asow-Bataillon, eine Neonazi-Miliz, wurde nach dem von den USA unterstützten Sturz der gewählten ukrainischen Führung im Jahr 2014 zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt.

Die in Washington ansässige SITE Intelligence Group bietet Regierungen, Institutionen und großen Unternehmen auf der ganzen Welt nachrichtendienstliche Informationen und Analysen über gewalttätige extremistische Gruppen an. Die im Irak geborene Katz war Mitbegründerin von SITE und hat Berichten zufolge unter anderem eine Kopie eines Osama-bin-Laden-Videos beschafft, bevor es von Al-Qaida veröffentlicht wurde, und es an die Regierung des damaligen US-Präsidenten George W. Bush weitergegeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62347e35b480cc72c4039ac7.jpg>

nachmittags:

12:16 de.rt.com: **China lehnt antirussischen Druck aus Washington ab: "Werden niemals nach der Pfeife der USA tanzen"**

Chinesische Beamte und regierungsnahe Medien kritisierten den Druck Washingtons auf China, Maßnahmen gegen Russland aufgrund des Ukraine-Krieges zu ergreifen. Die USA selbst seien die Hauptverantwortlichen für die aktuelle Krise.

In den letzten Wochen haben westliche Analysten und Politiker immer wieder darüber spekuliert, ob der Ukraine-Krieg die russisch-chinesischen Beziehungen negativ beeinflussen und die Partnerschaft zwischen beiden Staaten sogar vor eine ernste Krise stellen könnte. Bisher haben sich diese Spekulation jedoch als grundlos erwiesen. Stattdessen mehren sich chinesische Stimmen – sowohl in Form von Kommentaren in Leitmedien als auch von der Regierung selbst –, die den starken Druck aus dem Westen auf China, sich dem Wirtschaftskrieg gegen Russland anzuschließen, kritisieren.

So stellt etwa die parteinahe chinesische Zeitung Global Times in einem Leitartikel der Redaktion fest, dass die enge Beziehung zwischen Russland und China die USA beunruhige, insbesondere angesichts der Ukraine-Krise. Washington versuche, einen Keil zwischen beide Staaten zu treiben. Für die chinesische Zeitung ist der Hauptverantwortliche für die aktuelle Krise die US-amerikanische Politik der letzten Jahrzehnte:

"Die Osterweiterung der NATO ist die Hauptursache für Russlands Wut und die militärische Operation in der Ukraine. Es sind die USA, die das Feuer löschen sollten, das sie in der Ukraine entfacht haben. Lächerlicherweise verlangen sie von Peking, diese Aufgabe um den Preis einer Schädigung der Beziehungen zwischen China und Russland zu übernehmen." Dabei sei Russland eine unabhängige Großmacht. China habe keine Möglichkeiten, Russlands Entscheidungen in Bezug auf die Ukraine-Frage zu beeinflussen.

"Wenn China Russland wirklich in einer Weise unter Druck setzt, die mit der umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen China und Russland nicht vereinbar ist, wird dies nur die Beziehungen zwischen China und Russland untergraben und das gegenseitige Vertrauen sabotieren, was für beide Seiten einen großen strategischen Verlust bedeuten würde. Das ist es, was die USA mit Freude sehen wollen."

Die USA selbst wüssten, dass Peking in dieser Angelegenheit keine Einflussmöglichkeiten auf Russland hat. Trotzdem habe Washington sich auf diese Gelegenheit gestürzt, um Zwietracht zwischen Peking und Moskau zu sähen. Das würden aber die beiden strategischen Partner nicht zulassen:

"China und Russland sind beides unabhängige Großmächte und keine kleinen Anhängsel, die Washington nach Belieben manipulieren kann. Außerdem hat China in der Ukraine-Frage eine konsequente Haltung eingenommen und betont, dass die Sicherheitsbelange und Interessen aller Seiten respektiert und gewahrt werden sollten."

Peking werde "niemals nach der Pfeife der USA tanzen" und seine Beziehungen zu Russland für die USA opfern. Washington habe die Beziehungen zwischen beiden Staaten falsch eingeschätzt:

"Lange Zeit hat der Westen die chinesisch-russischen Beziehungen falsch interpretiert und geglaubt, sie beruhten auf Zweckmäßigkeit und könnten leicht zerrissen werden. In Wahrheit hat die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Russland den Test der Zeit überstanden und ist felsenfest. Sie ist Chinas wichtigstes und stabilstes diplomatisches strategisches Kapital, das nicht beschädigt werden kann."

Auch Zhao Lijian, Pressesprecher des chinesischen Außenministeriums, erklärte am Freitag, dass China nicht gegenüber dem Druck aus Washington zur Ukraine-Frage nachgeben werde. Peking vertrete in der Ukraine-Krise weiterhin eine "unabhängige" Haltung. Damit reagierte er auf die Drohungen des US-Außenministers Antony Blinken, der China am Donnerstag warnte, dass Washington dem Land "Kosten" auferlegen werde, sollte sich Peking für eine Unterstützung Moskaus entscheiden. China habe in der Ukraine-Frage stets eine unabhängige Position vertreten, die auf den Fakten selbst beruhe.

Der chinesische Diplomat betonte auch, dass der Druck aus Washington Peking nicht dazu bringen werde, seine Haltung zu ändern. Er fügte hinzu, dass einige US-Beamte immer noch

versuchten, Desinformationen über Chinas Position zu verbreiten. Nach Auffassung Lijians sei dies unverantwortlich und für die Lösung der Krise nicht förderlich.

China zufolge sollten die USA "ernsthaft über ihre Rolle in der Ukraine-Krise nachdenken" und "ihre Verantwortung wahrnehmen". Lijian forderte Washington außerdem auf, "praktische Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation zu entspannen und das Problem zu lösen, anstatt weiter Öl ins Feuer zu gießen".

In einem Leitartikel der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ging es mit einer noch direkteren Sprache zur Sache. Washington habe erneut die Welt irritiert, indem es sich selbst auf der Seite der "regelbasierten Ordnung" verortete und anderen vorwarf, kleinere Staaten zu erpressen. Die USA hätten wohl nie daran gedacht, so Xinhua, in den Spiegel zu schauen:

"Das Spiegelbild wäre erschreckend: eine kriegerische Geschichte von militärischen Übergriffen und verdeckten Umstürzen in Übersee."

Die Erpressungen Washingtons seien auf der Weltbühne längst bekannt:

"Die primitive US-amerikanische Kultur der Piraterie, die Plünderung und Eroberung befürwortet, wurde von Washington zu einer hegemonialen Außenpolitik verschärft, die darauf abzielt, die Muskeln spielen zu lassen, wo immer es möglich ist, andere zu tyrannisieren, wann immer sie es für richtig halten, und die Verkehrsregeln der Welt zu diktieren, wie es sich gehört."

Die rücksichtslose Einmischung der USA in verschiedene Staaten im Nahen Osten, in Lateinamerika und Europa habe diesen Krieg und Zwietracht sowie Tod und Zerstörung gebracht. Dabei verweist Xinhua auf die US-Aggressionen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak. Auch kritisiert das chinesische Medium die Sanktionen gegen Staaten wie Kuba, Venezuela und andere. Diese hätten die Wirtschaften dieser Staaten geschadet und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen verschlechtert.

"Die arroganten Köpfe im Weißen Haus haben lange Zeit internationale Regeln untergraben, andere gezwungen, Partei zu ergreifen, und Vergeltungsmaßnahmen gegen diejenigen ergriffen, die sich weigerten, sich zu fügen."

Gegen den Willen Washingtons hätten viele begriffen, dass der Weg zur Lösung der Ukraine-Krise in einem Waffenstillstand, gefolgt von Dialog und Verhandlungen, liege.

"Wenn Washington wirklich an einer Entspannung der Lage in der Ukraine interessiert ist, sollte es lernen, auf der richtigen Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu stehen. Die Besinnung auf seine vergangenen Missetaten könnte ein guter Anfang sein."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234d066b480cc391370fc54.jpg>

12:38 de.rt.com: **Alexander Lukaschenko: Weißrussland unterstützt Russland in jeder Situation**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat in einem Interview für den

japanischen Fernsehsender TBS erklärt, er unterstütze zwar grundsätzlich keine Kampfhandlungen, sein Land werde aber unter allen Umständen ein Partner der Russischen Föderation bleiben.

"Niemand bittet uns darum, an der Operation der russischen Streitkräfte unmittelbar teilzunehmen. Für Russland können wir zu dieser Operation nichts beitragen."

Lukaschenko erklärte, dass Russland genug Personal und Technik habe, um dieses Problem selbstständig zu bewältigen. Der Staatschef plädierte allerdings dafür, die Kampfhandlungen einzustellen. Denn darunter litten zahlreiche Menschen.

"Es ist wahnsinnig, was gerade zwischen den Brüdervölkern passiert."

Russland verstehe das, während die Ukraine das nicht verstehen wolle, fügte der weißrussische Präsident hinzu. Moskau habe allen Grund, der Regierung in Kiew zu misstrauen. Dabei berief sich Lukaschenko auf die Minsker Abkommen, dessen Nichterfüllung zu diesem Krieg geführt habe. Deswegen sei die Einstellung der Kampfhandlungen erst nach der Paraphierung eines Vertrags möglich, an dem jetzt gearbeitet werde.

"Russland hat sich zudem gewisse Ziele in dieser Operation gesetzt und es wird sie erreichen."

Außerdem zeigte sich Lukaschenko sicher, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die sich momentan im Land entfaltenden Prozesse kaum kontrolliere. Die ukrainischen Kriegshandlungen würden von den USA kontrolliert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235b7c5b480cc795978e73f.jpg>

14:45 (12:45) **novorosinform.org: Ukrainische Medien berichten, dass sich Wildgänse dem Kampf gegen die russische Luftwaffe angeschlossen hätten**

Die neuesten Nachrichten der ukrainischen Luftverteidigung wurden gleich von mehreren Publikationen enthusiastisch aufgegriffen: Nach einer Legende, die vom Zentrums für Information und psychologische Spezialoperationen (ZIPSPO) erfunden wurde, habe ein Schwarm Wildgänse ein russisches Kampfflugzeug in der Region Cherson abgeschossen. Zwei russische Militärflugzeuge hätten das Gebiet KalanTschak überflogen. Die erste sei in einen Schwarm Gänse geraten, die beschlossen hatten, ihre patriotische Pflicht gegenüber den Menschen in der Ukraine zu erfüllen. Ein oder mehrere Vögel hätten den Antrieb des Kampfflugzeugs getroffen. Daraufhin sei es in einen Sumpf gestürzt, heißt es in der Publikation „Dialog“.

Etwas früher berichteten die ukrainischen Medien als offizielle Nachricht, dass eine alte Dame eine "feindliche" Drohne abgeschossen habe, indem sie ein Gurkenglas nach ihr warf. Es sei daran erinnert, dass Russland ungefähr am dritten Tag nach Beginn der militärischen

Sonderoperation die volle Lufthoheit erlangt hat, da die westlichen Partner sich weigern, Kiew Luftabwehrgeräte zu liefern. In einer solchen Situation sind die einzigen Hoffnungen der Ukraine natürlich Gänse und pflichtbewusste Bürger mit Vorräten an Gewürzgurken.



https://novorosinform.org/content/images/13/67/41367_720x405.jpg

15:00 (13:00) rusvesna.su: **Der Einschlag einer Hyperschall-Rakete „Kinschal“ zerstörte ein unterirdische Lager von Raketen und Luftmunition von Truppen in Transkarpatien**

Der Einschlag einer Hyperschall-Rakete „Kinschal“ zerstörte das unterirdische Lager von Raketen und Flugmunition von Truppen in Transkarpatien. Dies teilte das Kommando der Luftwaffe der Ukraine mit.

„Wir haben Zerstörungen. Es gab eine Detonation von Munition. Die Daten über Opfer werden präzisiert“, sagte J. Ignat, Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine.

„Der Aufprall einer Hyperschallrakete ‚Kinschal‘ zerstörte ein Objekt im Dorf Deljatyn, Gebiet Iwano-Frankowsk.“ Ignat fügte hinzu, dass die Art der Raketen, die zum Angriff verwendet wurden, nicht bekannt sei.

<https://t.me/RVvoenkor/4240>

15:45 (13:45) novorosinform.org: **Ein Abgeordneter des Regionalrats von Saporoschje erklärte seine Weigerung, das ukrainische Regime zu verteidigen**

Laut Jewgeni Balizkij habe Selenskij die nationalen Interessen und das Volk der Ukraine verraten.

Die Aufrufe des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij an die Einwohner von Melitopol, gegen die russischen Truppen zu kämpfen, würden nicht gehört, weil das derzeitige ukrainische Regime alles getan habe, um den Menschen in der Ukraine ein schlechtes Leben zu verschaffen. Dies erklärte der Abgeordnete des Regionalrats von Saporoschje Jewgeni Balizkij.

"Lasst sie besser erklären, wofür wir alle eingeladen sind zu sterben. ‚Für unsere Straßen und Häuser‘? Also bringt keine Mörser in unsere Häuser und startet keine Kampfdrohnen auf den Straßen. Ich habe bereits über die Raketen gesprochen, die sie auf unsere Häuser geschossen haben: ‚Für das ukrainische Land‘? Also verkauften die Kiewer Behörden dieses Land, ohne das Volk zu fragen, ohne Referendum. Für Werke und Fabriken? Sie gehören uns also schon lange nicht mehr, ihre Oligarchen haben sie aufgekauft. Ich werde nicht für Selenskij kämpfen“, zitiert den Abgeordneten Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptmilitärrates der Region Saporoschje.

Balizkij bemerkte auch, dass er 1991 für eine unabhängige Ukraine gestimmt habe, aber er hoffte, dass es weiter ein Land sein würde, in dem man ruhig Russisch sprechen und seine Geschichte ehren könne. Aber die Behörden der Ukraine gingen einen ganz anderen Weg und

ignorierten die Meinung der Menschen.

"Und jetzt, wenn es heiß ist, sagen sie - komm schon, Patriot, geh und kämpfe. Wenn Sie mich fragen, warum ich kein Militäroffizier bin, der an Feindseligkeiten teilnimmt? Ich habe der Sowjetunion einen Eid geschworen", betonte der Abgeordnete von Saporoschje.



https://novorosinform.org/content/images/13/70/41370_720x405.jpg

15:53 (13:53) sputnik.by: **Es wird keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch durch Sanktionen geben: Medwedew erklärte warum**

Russland habe in seiner Geschichte mehr als einmal Krisen, Sanktionen, Drohungen und politischen Druck durchgemacht - 2008, 2014, 2018. Außerdem wurden mehr als ein Dutzend Mal Sanktionen gegen die UdSSR verhängt, und "wir haben schon lange keine Angst mehr davor", schrieb der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, in seinem Telegram-Kanal.

Über eine mögliche Aufhebung der meisten Sanktionen würden im Westen bereits vorsichtige Äußerungen gemacht, da sie „nicht immer anwendbar“ seien, zumal die Energiepreislage in den USA und Europa „unerschwinglich schlecht“ und die lokalen Eliten einfach versucht seien, Russland die Schuld zu geben, argumentiert Medwedew.

"Die Völker der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder verstehen alles, was passiert, und sie werden ihren Politikern bald eine Rechnung für den Preis der "antirussischen Sanktionen" präsentieren, der aus den Brieftaschen der Bürger westlicher Länder gezahlt wird", ist Medwedew überzeugt.

Russland hat viele verlässliche Partner

Wer jetzt wen isolieren werde, sei noch eine große Frage, da Russland nicht nur im postsowjetischen Raum, sondern auch in China, Südostasien und afrikanischen Ländern viele verlässliche Partner habe, stellte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates fest.

„Das ist ein riesiger, zukunftssträchtiger Markt, der nicht von solchen Widersprüchen wie in Europa zerrissen wird. Die Früchte dieser Partnerschaft und Zusammenarbeit liegen auf der Hand“, sagte Medwedew.

Darüber hinaus habe Russland viele Möglichkeiten für seine eigene Entwicklung, wie frühere antirussische Sanktionen gezeigt hätten, sie zwangen die Russische Föderation, die Importsubstitution in allen Branchen, insbesondere in wissenschaftsintensiven, bei der Entwicklung neuer Technologien, Produkte und Medikamente aktiv zu entwickeln

Medikamente, fügte Medwedew hinzu. Er sagte auch, dass am Tag zuvor der neue Anti-Covid-Impfstoff, „Konwasel“, in der Russischen Föderation registriert wurde. Die die Coronavirus-Epidemie habe gezeigt, wie sehr solche Errungenschaften in der Welt gefragt seien und dass das russische Potenzial in diesem Bereich schnell erhöht werden müsse. schreibt Medwedew.

Westliche Unternehmen „wollen zurückkehren, haben aber Angst“

Die westlichen Unternehmen, die ihren Rückzug vom russischen Markt ankündigten, hätten von Anfang an nur an eine Rückkehr gedacht, ist Medwedew überzeugt, denn sie behielten ihre Arbeitskräfte, zahlten ihre Gehälter und führten Steuern an den Haushalt ab. „Eine andere Sache ist, dass der Druck ihrer Regierungen auf ihre eigenen Unternehmen ungeheuerlich ist ... Die Unternehmen selbst sagen uns im Stillen so etwas wie „Wir wollen wirklich zurück, aber wir haben Angst.“ Niemand im Westen will unseren Markt verlieren. Es gibt nicht nur Propagandisten, sondern auch Pragmatiker“, bemerkte Medwedew. Gleichzeitig habe Russland nur begrenzt Geduld, und das Land müsse seine eigene Produktion entwickeln, wo es sonst nicht ausreicht. „Die Aufgabe ist schwierig, aber machbar, und unsere Gegner werden mehr als einmal bereuen, was sie getan haben“, fasste Medwedew zusammen.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/0b/01/1057586210_0:0:3025:1702_1920x0_80_0_0_094d37b6d60c47b1b1411bea9ddb14.jpg

14:00 de.rt.com: **Russlands Außenminister Sergej Lawrow vermutet US-Einfluss bei Verhandlungen mit Ukraine**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den USA vorgeworfen, im Ukraine-Krieg die Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew zu erschweren. Als der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij Verhandlungen vorgeschlagen habe, habe der russische Präsident Wladimir Putin zugestimmt. Obwohl die Gespräche im Gange seien, gebe es gewisse Schwierigkeiten.

"Der Dialogs hat sich allmählich eingeleitet, obwohl man ständig das Gefühl hat, dass die ukrainische Delegation an der Hand gehalten wird, höchstwahrscheinlich von den Amerikanern, die es ihnen nicht erlauben, den Forderungen zuzustimmen, die meiner Meinung nach absolut minimal sind."

Lawrow brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die russische Sonderoperation mit der Unterzeichnung eines umfassenden Abkommens über den neutralen Status der Ukraine und über Sicherheitsgarantien für das Land enden werde.

Der Chefdiplomat erklärte außerdem, dass die zunehmenden Spannungen mit dem Westen Russlands Beziehungen zu China stärken würden. Zugleich zeigte er sich für die Zusammenarbeit mit westlichen Ländern offen. Unter den jetzigen Umständen müsse die Initiative vom Westen ausgehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235d31b48fbef4fef2acd9e.jpg>

16:21 (14:21) novorosinform.org: **Erstmals seit 2014 traf ein Zug aus Starobelsk in Lugansk ein**

In naher Zukunft soll eine regelmäßige Eisenbahnverbindung zwischen den Regionen der LVR eingerichtet werden.

Der erste Personenzug seit acht Jahren ist heute aus Starobelsk, das von ukrainischen Kämpfern befreit wurde, in Lugansk angekommen, berichtet Lugansker Informationszentrum. Die Fahrzeit des noch im Testbetrieb fahrenden Zuges beträgt vier Stunden. Der Zug hält in Nowy Aidar und einer Reihe anderer Siedlungen in den von der Ukraine befreiten Gebieten der LVR.

Heute um 17:00 Uhr fährt der Zug in Richtung Starobelsk ab.

Der Pressedienst der Volksmiliz der LVR hat einen [Videobericht](#) über die erste Fahrt des Zuges seit 2014 veröffentlicht, der Starobelsk mit der Hauptstadt der LVR verbindet.



https://novorosinform.org/content/images/13/72/41372_720x405.jpg

16:27 (14:27) sputnik.by: **Weißrussland liefert kostenlos Strom an das Kernkraftwerk Tschernobyl**

Am 9. März griffen ukrainische Truppen Einrichtungen an, die das Kernkraftwerk Tschernobyl mit Strom versorgen, die Anlage wurde auf Notstromquellen umgestellt und dann vom belarussischen Energiesystem gespeist.

Weißrussland verkauft keinen Strom für den Bedarf des Kernkraftwerks Tschernobyl, sondern liefert ihn kostenlos, um eine von Menschen verursachte Katastrophe zu verhindern, sagte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit dem japanischen Fernsehsender TBS. Die TV-Version davon ist auf dem ATN-YouTube-Kanal verfügbar.

"Wir verkaufen dort nichts. Es gab die Situation, dass die Stromversorgung aus dem

Territorium der Ukraine zum Kraftwerk von Tschernobyl unterbrochen wurde. Dort wird Atommüll gelagert - ein großes Lager. Und für die Wartung der geschlossenen Tschernobyl-Anlage und die Konservierung dieser Abfälle werden Wasserkühlung und Strom für die Wartung benötigt. Die Lieferungen aus der Ukraine wurden eingestellt“, erklärte der belarussische Staatschef.

Er sagte, er habe zuvor ein Telefongespräch mit dem Präsidenten Russlands darüber geführt, Wladimir Putin habe "angerufen, es war bereits nachts, und mitgeteilt, dass dies eine große Gefahr für Europa sei".

„Wir müssen helfen, denn Gott bewahre, dass in diesem riesigen Speicher ein Unfall passiert, dann würde Europa in Schwierigkeiten geraten. Er (Putin - Sputnik) bat darum, diese Anlage mit Strom zu versorgen, damit es nicht zu einer Katastrophe kommt. Also lieferten wir Strom aus Weißrussland“, sagte Lukaschenko.

Belarus verkaufe keine Energie an das Kernkraftwerk Tschernobyl, betonte der belarussische Staatschef, sei aber dennoch eine interessierte Partei, da es sich in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks befinde.

„Wir sind eine betroffene Partei – das Kraftwerk von Tschernobyl ist in der Nähe – damit nicht eine weitere von Menschen verursachte Katastrophe passiert, haben wir Strom dorthin gebracht“, sagte Lukaschenko.

Was ist mit der Stromversorgung von Tschernobyl passiert?

Wie am 9. März bekannt wurde, griffen ukrainische Truppen die Stromnetzanlagen an, die das Kernkraftwerk Tschernobyl mit Strom versorgen. Russische Spezialisten ergriffen umgehend Maßnahmen, um auf Ersatzstromquellen auf Basis von Dieselgeneratoren umzusteigen.

Die belarussische Seite hat schnell die Frage der Wiederherstellung der Energieversorgung im Rahmen eines dauerhaften Schemas aus dem belarussischen Energiesystem gelöst. Seit dem 14. März erhält das Kernkraftwerk Tschernobyl regelmäßig Strom aus dem belarussischen Energiesystem, sagte der russische Energieminister Nikolai Schulginow, diese Information wurde auch vom belarussischen Energieministerium bestätigt.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/0a/1061211692_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_7d87baaafc3030bfb5ee73749144c8c5.jpg

15:00 de.rt.com: Polen fordert komplette Handelsblockade gegen Russland

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat wegen des Kriegs in der Ukraine härtere Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland gefordert. Sein Land schlage eine Handelsblockade vor, die so schnell wie möglich in Kraft treten müsste, sagte der 53-Jährige nach Angaben der Agentur PAP am Samstag bei einem Besuch in Lubiczow bei Warschau. Diese müsse sowohl ein Einfahrverbot russischer Schiffe mit russischen Waren in europäischen Seehäfen als auch ein Verbot des Handels auf dem Landweg umfassen, führte Morawiecki weiter aus. Ein solcher Schritt könne Russland "dazu zwingen zu überlegen, ob

es nicht besser wäre, diesen grausamen Krieg zu beenden", sagte der nationalkonservative Politiker.

Zwischen Russland und Deutschland wurden 2021 nach Angaben des Statistischen Bundesamts Waren im Wert von rund 59,8 Milliarden Euro gehandelt - 34,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Aus der Russischen Föderation wurden Waren im Wert von 33,1 Milliarden Euro importiert, dorthin gingen Exporte im Wert von gut 26,6 Milliarden Euro.

17:25 (15:25) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine fordert, die Veröffentlichung von Videos und Fotos der zerstörten militärischen Einrichtungen der Ukraine zu verbieten - Insider**

Kiew glaubt, dass die Angriffe russischer Hochpräzisionsraketen die ukrainische Gesellschaft destabilisieren und Panik unter den Militärangehörigen säen, schreibt der Telegram-Kanal „Legitimny“.

Der Generalstab der ukrainischen Armee fordert von den ukrainischen Behörden, den Informationsraum des Landes zu „trocknen“, um die Ausbreitung von Panik nach Berichten über russische Präzisionswaffenangriffe auf ukrainische Militäreinrichtungen zu verhindern. Das berichtete der ukrainische Telegram-Kanal „Legitimny“ unter Berufung auf eine Quelle. Die ukrainische Führung sei der Ansicht, dass Videos und Fotos von Zerstörungen und Opfern in ukrainischen Militäreinrichtungen "die Moral der Zivilbevölkerung sowie der einheimischen Soldaten beeinträchtigen ...". Es trage auch zur Panik unter der Zivilbevölkerung in der Ukraine bei.

„Strategisch braucht unser Generalstab das (*das Verbot der Veröffentlichung, A.d.Ü.*), um im Netz die Illusion eines ‚Sieges‘ zu erzeugen“, schreibt Legitimny.

Die Autoren des Kanals erinnerten daran, dass die Russen im Zeitalter der Weltraumaufklärung bereits alle militärischen Einrichtungen der Ukraine auf einen Blick sehen, daher seien Versuche, die Verbote mit militärischer Notwendigkeit zu erklären, einfach lächerlich.



https://novorosinform.org/content/images/13/74/41374_720x405.jpg

15:45 de.rt.com: **VAE-Kronprinz trifft sich mit Assad und fordert Rückzug von US-Truppen aus Syrien - USA enttäuscht**

Die Annäherung zwischen Damaskus und anderen Ländern der arabischen Welt geht weiter. Am Freitag besuchte der syrische Präsident Baschar al-Assad Abu Dhabi und traf sich mit führenden Politikern der Arabischen Emirate. Diese hatten weitreichende Aussagen getätigt. Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat am Freitag die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) besucht und traf sich mit den höchstrangigen Offiziellen, darunter mit dem Kronprinz von Abu Dhabi und Oberbefehlshaber der OAE-Streitkräfte Scheich Muhammed bin Zayed Al Nahyan. Dieser hat den Abzug der US-Truppen aus Syrien gefordert.

"Syrien ist die wichtigste Säule der arabischen Sicherheit und die Position der VAE zur Unterstützung der territorialen Einheit und Stabilität des Landes bleibt unverändert", sagte Scheich Al Nahyan.

Während des Besuchs führte Assad Gespräche mit dem Vizepräsidenten und Premierminister der VAE, Scheich Muhammed bin Rashid Al Maktoum, und dem Kronprinzen und Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Abu Dhabi, Scheich Al Nahyan.

In den Gesprächen wurden die Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Investitionen und Handel, erörtert, berichten Medien unter Berufung auf die Erklärung des syrischen Außenministeriums. Das war die erste Visite des syrischen Präsidenten in Abu Dhabi seit elf Jahren.

Das US-Außenministerium reagierte umgehend und brachte seine "tiefe Enttäuschung" über den VAE-Besuch des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zum Ausdruck. Das berichtete Reuters am Samstag unter Berufung auf den Leiter des Pressedienstes des US-Außenministeriums, Ned Price.

Der Diplomat sagte, die USA forderten andere Länder auf, "bei der Erwägung eines Engagements gegenüber Assad" die angeblich volksfeindliche Innenpolitik der arabischen Republik in den letzten 10 Jahren zu berücksichtigen.

Die Besuche Assads in Dubai und Abu Dhabi waren Teil seiner ersten Reise in die Golfregion seit 2011. Syrien und die VAE haben nach dem Umsturzversuch in Syrien erst im Dezember 2018 ihre diplomatischen Beziehungen nach dem Abbruch der Beziehungen durch Abu Dhabi im Jahr 2012 wieder aufgenommen. Die emiratischen Behörden haben offiziell eingeräumt, dass die Aussetzung der Mitgliedschaft Syriens in der Arabischen Liga seit 2011 ein Fehler war. Die VAE unterstützen die Rückkehr Syriens in die panarabische Gemeinschaft.

Die VAE sind ein wichtiger Verbündeter der USA in der Golfregion. Seit einiger Zeit bewegen sich die VAE wieder auf Syrien zu. Noch Ende 2021 reiste der VAE-Außenminister nach Damaskus und traf sich mit Syriens Präsidenten Baschar al-Assad zusammen. Damit sendete er das bis dahin deutlichste Signal, dass die arabische Welt bereit ist, ihre Beziehungen zu Syrien wieder zu normalisieren.

Beobachter glauben, dass die Emirate den Einfluss ihres Rivalen Iran in Syrien eindämmen wollen. Auf Einladung der syrischen Regierung unterstützen Iran und Russland Syrien militärisch im Kampf gegen Terrorgruppen und Dschihadisten. Jordanien und Ägypten, beides US-Verbündete, haben ebenfalls schon Schritte zur Normalisierung der Beziehungen unternommen.

Die USA unterhalten eine Militärbasis in Al-Tanf in der syrischen Wüste unweit der Grenze zu Jordanien. Dort sind ca. 200 US-Soldaten stationiert. Weiteres US-Kontingent, darunter auch die Angehörige der Militärunternehmen, kontrolliert nach wie vor die Öl-Felder im Osten des Landes.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235994eb480cc14ef26d127.jpg>

15:45 de.rt.com: **Die NATO soll im Januar angeboten haben, die "Mrija" in die BRD zu verlegen**

TASS [meldet](#), dass bereits im Januar 2022 Vertreter der NATO der Leitung des ukrainischen Staatsunternehmens Antonow vorgeschlagen haben sollen, seine Flugzeuge, darunter auch die An-225 "Mrija" (Traum), nach Deutschland zu verlegen, doch das Unternehmen habe diesen Vorschlag ignoriert. Dies habe Dmitri Antonow, ein ehemaliger Pilot der An-225, gegenüber der ukrainischen Nachrichten- und Analyse-Website Strana erklärt.

"Am 26. Januar wandten sich die NATO-Länder an die Leitung des staatlichen Unternehmens Antonow mit dem Vorschlag, die Flugzeuge vom Flugplatz Gostomel nach Leipzig zu verlegen. Aber Antonow ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen", zitiert das Portal den Piloten. Seiner Meinung nach hätte dies das einzigartige Flugzeug retten können, das bei den Kämpfen zwischen russischen und ukrainischen Truppen zerstört wurde.

Am 28. Februar berichtete der Konzern "Ukroboronprom" über die Zerstörung der Mrija auf dem Flugplatz Gostomel bei Kiew. Der Konzern gab an, dass es "etwa 3 Milliarden Dollar und mehr als fünf Jahre" dauern würde, das Flugzeug nachzubauen.

Die AN-225 Mrija ist (oder vielmehr war) ein schweres sowjetisches Langstrecken-Transportflugzeug, das in den 1980er Jahren im Antonow-Konstruktionsbüro unter der Leitung von Generalkonstrukteur Pjotr Balabujew und Chefkonstrukteur Viktor Tolmatschow entwickelt wurde. Die Mrija war das größte und schwerste Frachtflugzeug der Welt. Sie absolvierte ihren Erstflug am 21. Dezember 1988 und war seit 1989 in Betrieb. Nur eine einzige An-225 wurde bis zur Einsatzbereitschaft fertiggestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235de6f48fbef467e0bac04.jpg>

16:30 de.rt.com: **Große Proteste in Rom und Pisa gegen Waffenlieferungen an die Ukraine**

Wie RIA Nowosti [meldet](#), haben Aktivisten der italienischen Gewerkschaft USB gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Beteiligung des Landes an NATO-Einsätzen demonstriert. Die Kundgebung auf einem Platz in Rom fand gleichzeitig zu einer ähnlichen Veranstaltung in der Nähe des Flughafens von Pisa statt, der zum Zentrum des Protests geworden ist.

Vor einer Woche teilte die Zweigstelle Pisa der großen USB-Gewerkschaft mit, dass ihre Vertreter im Frachtterminal des Flughafens Kisten mit Waffen und Munition entdeckt hätten, die als humanitäre Fracht in die Ukraine geschickt worden seien. Nach Angaben der Gewerkschaftsführung weigerten sich die Arbeiter, die Waffen in das Transportflugzeug zu laden. In der USB-Erklärung wurde behauptet, dass die Waffen unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe für die Bevölkerung in die Ukraine geliefert und zur Tötung eben dieser Mitarbeiter verwendet würden.

"Erstens protestieren wir gegen die Lieferung des militärischen Materials selbst, gegen die Beteiligung Italiens am Krieg in der Ukraine. Zweitens lehnen wir die Beteiligung von Beamten an der Verladung von Waffen ab. Ich glaube nicht, dass die Behörden nicht wissen, dass der Flugverkehr mit zivilen Flugzeugen jetzt für den Transport von militärischen Gütern genutzt wird", sagte Cinzia Dalla Porta von der USB-Niederlassung in Pisa gegenüber RIA Nowosti.

Die Kundgebung in Pisa fand unter den Slogans "Aus der Toskana kommt der Frieden, nicht der Krieg" und "Italien – raus aus NATO und Krieg" statt, die die Demonstranten auf Stoffbannern anbrachten. Das farbenfroheste Plakat zeigte eine Friedenstaube auf blauem Hintergrund mit der Unterschrift "Nein zum Krieg, Nein zur NATO". In Rom fand die Protestkundgebung in der Nähe eines Militärflugplatzes statt. Die Demonstration in der Hauptstadt richtete sich nicht nur gegen die Beteiligung Italiens am Ukraine-Konflikt, sondern auch gegen die Präsenz von Militärstützpunkten in der Ewigen Stadt. Neben den USB-Aktivisten nahmen auch linke und antifaschistische Organisationen an der Kundgebung teil. Insgesamt kamen Hunderte von Menschen zu der Demonstration.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235f80548fbef717a638ade.png>

18:39 (16:39) rusvesna.su: **DVR-Armee besetzte Ugledar**

Die Streitkräfte der DVR besetzten die strategisch wichtige Stadt Ugledar.

Das berichten Kriegsberichterstatter vor Ort.

Die Kontrolle über Ugledar ist Voraussetzung für das Schließen des Kessels um die Donezker Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/PkS_FIwmqsaLDz4TCLjmqKOMfwHC1Cw1eUaz1jql0Xo1Cmu5Btg8xbAVBTC0LkFwKByHiQx6ZAihOZ57eLCHK3JoW7bFqyYsJvPMU3SAjrk6xop491qeFnX6bMm7aEyI8-Ev_BNVIE4GW-ll_WOzGJfVP3agqHY80k1zuI_xCTtyrqEsxt5BufNR2yP-D7BjlImIbV_yI6QWqr3rtzNo3VdJc3cDc40b61FdAVaBWuMb3_hjtrvOS6N2k2JUN6iSQNuQZECAQLR07Mo2cqM4iMdgNctkGoP_5H3vhy6DIEMqhOYAM_zzX2AdMEOD49d-qC-eyoSurrCU7-p0hC8zwQ.jpg

16:40 de.rt.com: **Putin weist auf anhaltende Raketenangriffe der ukrainischen Streitkräfte auf Donezk hin**

In seinem Gespräch mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel sagte Wladimir Putin, dass die ukrainischen Streitkräfte ihre Raketenangriffe auf Donezk und andere Städte der Volksrepubliken Donezk und Lugansk fortsetzten, was nach wie vor zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung fordere. Dies teilte der Pressedienst des Kreml mit. Das Gespräch fand auf Initiative der luxemburgischen Seite statt, so eine [Meldung](#) der Agentur RIA Nowosti.

Bettel berichtete dem russischen Staatschef von Kontakten mit den Behörden der Ukraine und anderer Staaten. Putin habe seinerseits die Moskauer Einschätzungen zum Verlauf der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine erläutert, teilte der Kreml mit.

Er betonte zugleich, dass die militärisch-biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine inakzeptabel seien und eine große Bedrohung sowohl für Moskau als auch für das übrige Europa darstellten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6235ee2748fbef46d47fc003.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker führen **Arbeiten zur technischen Einrichtung einer Basisstation des Mobilfunkoperators „Phönix“** in Mangusch durch. In Mirnoje wurde ein Kabel repariert, das zu einem Sendeobjekt in Wolnowacha führt. Es wird die Kommunikationsmagistrale „Nowoasowsk – Mariupol – wiederaufgebaut.

Die **Post des Donbass** führte in Granitnoje, Staroignatjewka, Mirnoje, Stepanowka, Andrejewka und Bugas Renten- und Sozialzahlungen an mehr als 500 Empfänger durch. In Dmitrowka wurde eine in 2021 geschlossene Posteinrichtung untersucht, es wurden die Mitarbeiter ermittelt. Außerdem wurde eine Posteinrichtung in Chlebodarowka überprüft, die Wesjoloje, Malinowka, Golubizkoje und Nowikowo versorgt.

Bei der Untersuchung des Postgebäudes in Nowotroizkoje wurde festgestellt, dass die Technik fehlt, es wurde eine Kaderreserve gebildet.

Das Gesundheitsministerium der DVR teilt mit, dass der Bevölkerung in Sopino, Berdjanskoje, Lebedinskoje und Winogradnoje mobil Hilfe geleistet wurde, dort erhielten 19 Menschen qualifizierte medizinische Behandlung. Das Ambulatorium in Winogradnoje wurde zusätzlich mit Personal ausgestattet. In Sartana wurde das Ambulanzgebäude überprüft. In Nowotroizkije wurde die Arbeit des Ambulatoriums organisiert.

In Staroignatjewka, Anadol, Nowoalexewka, Mirnoje, Bugas und Nikolajewka werden normal Patienten empfangen.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR bauen weiter die Eisenbahnbrücke an der Autostraße „Mariupol – Ursuf“ in Jalta wieder auf.

Die **Donezker Eisenbahn** setzt den Wiederaufbau der Infrastrukturobjekte an den Eisenbahnstationen Wolnowacha und Chlebodarowka fort. Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben die Hälfte der Waggonhallen untersucht, wo explosive Objekte gefunden wurden, Schäden am Verwaltungsgebäude, Heizwerk und an den Sanitär- und Aufenthaltsräumen festgestellt wurden. Auf dem Gebiet der Lokomotivenhalle wurden keine Schäden entdeckt. Es wurden Heizöfen für die Gebäude eingerichtet, die Telefonverbindung wiederhergestellt. In die Lokomotivenhalle wurden 20 Tonnen Kohle geliefert. Die Waggonhalle wurde mit einem Benzingenerator und Brennstoff ausgestattet. Die Eisenbahnstation Chlebodarowka wurden mit 10 Tonnen Kohle, zwei Generatoren und Brennstoff versorgt.

An der Eisenbahnstrecke Karan-Kaltschik wurde ein Teil der Oberleitungen wieder in Betrieb genommen und mit Strom versorgt. Die Stromversorgung in Melowodnoje wurde in Betrieb

genommen.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 12,9 Hektar in den befreiten Ortschaften, 10.020 Quadratmeter Gebäude von explosiven Objekten gesäubert. Es wurden 311 explosive Objekte entschärft.

Die Zivilschutzkräfte leisten der Bevölkerung weiter humanitäre Hilfe.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Revolutionsgarden drohen mit weiteren Angriffen gegen israelische Geheimdienstbasen im Irak**

Die iranischen Revolutionsgarden fordern die irakischen Behörden dazu auf, angebliche Stützpunkte des israelischen Geheimdienstes Mossad in der irakisch-kurdischen Autonomieregion im Norden des Landes zu schließen.

Die iranischen Revolutionsgarden haben damit gedroht, angebliche israelische Militärbasen im Nordirak zu zerstören, sollten die regionalen Behörden diese nicht schließen, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete. Brigadegeneral Ramesan Scharif erklärte gegenüber dem jemenitischen Sender Al-Masirah, dass die Revolutionsgarden bereit seien, die Basen, die sich auf dem Gebiet der kurdischen Autonomieregion befinden, zu zerstören.

"Es ist unser natürliches Recht, jeden Stützpunkt zu zerstören, von dem aus ein Angriff auf die Sicherheit Irans erfolgt."

Das sei die rote Linie Teherans.

Der iranische Botschafter im Irak habe mehrmals die Regierung der kurdischen Autonomieregion über die Anwesenheit des Mossads informiert. Die Revolutionsgarden hätten bereits einen Angriff auf diese Basis sowie auf zwei weitere Stützpunkte durchgeführt. Scharif erklärte:

"Wenn die irakischen Behörden keine Maßnahmen ergreifen, um andere Stützpunkte der Zionisten in diesem Land zu beseitigen, während unsere Sicherheit weiterhin von dieser Region aus bedroht wird, werden wir ohne zu zögern reagieren."

Am letzten Sonntag hatten iranische Streitkräfte etwa ein halbes Dutzend Raketen in Richtung des angeblichen geheimen Mossad-Stützpunktes in der Stadt Erbil, der Hauptstadt der irakisch-kurdischen Autonomieregion, abgefeuert. Die iranischen Revolutionsgarden erklärten später, für den Angriff verantwortlich zu sein. Bei der Aktion seien einige angebliche Mossad-Agenten getötet und weitere verletzt worden.

Der iranische General erklärte:

"Die Zionisten hatten selbst zugegeben, dass ihre Drohnen, die über einen Stützpunkt in der Provinz Kermanschah flogen, von ihren Stützpunkten in Erbil aus gestartet waren."

In einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Vorsitzenden des Sicherheitsrates hatte der iranische Botschafter erklärt, dass Teheran sich "das ihm zustehende Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen vorbehält, auf solche illegalen Handlungen zu reagieren, wann immer es dies für angemessen hält".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234eb0cb480cc384f73e6b9.jpg>

19:41 (17:41) novorosinform.org: **Rettungskräfte der DVR holten alle Arbeiter aus dem stromlosen Skotschinskij-Schacht an die Oberfläche**

Im Tscheljuskinzew-Schacht der ebenfalls von den Streitkräften der Ukraine beschossen wurde, werden die Reparatur- und Restaurierungsarbeiten abgeschlossen.

Minenrettern gelang es, alle Arbeiter des Skotschinskij-Schachts in Donezk, der infolge des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine stromlos war, an die Oberfläche zu evakuieren. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums für Kohle und Energie der DVR mit.

„Um 14:30 Uhr 45 waren die Evakuierungsarbeiten in im staatlichen Skotschinskij-Schacht abgeschlossen. Es gab keine Verluste“, heißt es in dem Bericht.

Das Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR berichtete auch, dass die Reparatur- und Restaurierungsarbeiten im Tscheljuskinzew-Donezk-Schacht im Gange seien, der ebenfalls unter Beschuss der ukrainischen Besatzer geriet. Es gab keine Verletzten oder Toten.

17:50 de.rt.com: **Weitere ukrainische Angriffe mit Totschka-U-Raketen auf Melitopol und Berdjansk**

RT-Reporter Murad Gazdiev berichtet von mehreren Angriffen der ukrainischen Streitkräfte mit Raketen des Typs "Totschka-U" auf zivile Ziele. So wurden die Städte Melitopol und Berdjansk beschossen, die von den russischen Streitkräften kontrolliert werden.

Das ukrainische Militär hatte drei ballistische Raketen des Typs OTR-21 Totschka auf die Stadt abgefeuert, die alle drei von der russischen Luftabwehr abgefangen wurden. Mindestens eine war mit einem Streubombensprengkopf ausgestattet.

Die Wrackteile einer Rakete fielen zusammen mit überlebenden Streubomben auf diese beiden Häuser, die dadurch in Brand gerieten. In beiden Häusern lebten Familien mit Kindern, die glücklicherweise entkommen konnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623600d3b480cc032c4b48a3.jpg>

Das ist nicht der Donbass. Kiew feuert jetzt ballistische Raketen auf seine eigenen Städte, die die ukrainischen Truppen weitgehend kampflos aufgegeben haben.

Eine weitere ukrainische Totschka-Rakete wurde am Rande der Stadt Berdjansk abgefangen. Auch diese Rakete war offensichtlich mit einem Streubomben-Sprengkopf bestückt.

Kaum hundert Meter entfernt führt eine Hauptverkehrsstraße von Mariupol weg, auf der sich jetzt kilometerlange Staus aus ramponierten Fahrzeugen und Flüchtlingen bilden, die aus Mariupol entkommen konnten. Wäre diese Rakete hier und jetzt eingeschlagen, wäre die Zahl der Toten kolossal gewesen.

Eine weitere ukrainische ballistische Rakete vom Typ OTR-21 Totchka landete im Hafen von Berdjansk. Auch diese Rakete wurde von der russischen Luftabwehr abgefangen, bevor der Sprengkopf sein Ziel erreichen konnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623601f6b480cc02c809c90d.png>

Gazdiev hat von russischen Truppen gehört, dass die Ukraine ihren begrenzten Vorrat an Raketen über die Frontlinien hinweg sowie auf Städte und Ortschaften weit im Hinterland abschießt, wo sich nur wenige oder gar keine russischen Truppen befinden. Es wird vermutet, dass Kiew so viele Raketen wie möglich einsetzen will, bevor die verbleibenden

Abschussvorrichtungen und Raketen während des Transports oder der Lagerung durch russische Luftangriffe zerstört werden können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62360039b480cc7fb833740d.jpg>

abends:

18:19 de.rt.com: **Selenskij: "Es ist Zeit, sich zu treffen und zu reden"**

In einer neuen [Videoansprache](#) (deutsche Untertitel) rief der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij zu neuen und zielführenden Gesprächen mit Russland auf, verbunden mit einer Warnung:

"Ich möchte, dass mich jetzt alle hören, besonders in Moskau. Es ist Zeit, sich zu treffen. Zeit zu reden. (...) Andernfalls werden die Verluste Russlands so groß sein, dass mehrere Generationen nicht ausreichen werden, um sich davon zu erholen."

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 19.3.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **vier Zivilisten verletzt**. 24 Wohnhäuser, 6 Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Das Unterstation „Trudowskaja“ hat keinen Strom, dadurch sind **153 Umspannwerke und 26 Heizwerke außer Betrieb, 31.000 Einwohner des Petrowskij-Bezirks haben keine Stromversorgung.**

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Soldaten der Donezker Volksrepublik 48 Nationalisten, drei Panzer, zwei Schützenpanzerwagen, vier Panzerfahrzeuge, ein Feldartillerielager und mehr als 30 Feuerstellungen des Gegners vernichtet. Unsere Verteidiger haben eingenommen: zwei Panzer, drei Panzerfahrzeuge und außerdem Exemplare ausländischer Technik, ein Artillerieaufklärungsradar AN/PQ-36 und NLAW-

Granatwerfer.

Weil sie ihr Leben nicht für das verbrecherische Kiewer Regime opfern wollen, haben **15 ukrainische Soldaten freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Volksmiliz der DVR übergegangen.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 265 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 36 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlungen

Wir empfehlen, ihrem Beispiel zu folgen und sein Leben zu retten.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind **251 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf die Seite der DVR übergegangen**, 36 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte medizinische Behandlung.

Wir empfehlen, ihrem Beispiel zu folgen und sein Leben zu erhalten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 122 Tote und 156 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 135 Tote und 152 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 143 Tote und 176 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 214 Tote und 246 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 286 Tote und 337 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 289 Tote und 314 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern **starben in den letzten 24 Stunden vier Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **21 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

Am 14. März 2022 wurde bei der Befreiung von Mariupol von ukrainischen Nationalisten eine Sturmgruppe einer Aufklärungskompanie massiv beschossen. Gardesoldat Artjom Anatoljewitsch Deschtschuk entdeckte eine Feuerstellung des Gegners und vernichtete trotz seiner Verletzungen zwei sich dort befindende Nationalisten, was es der Gruppe erlaubte, die Ausführung der Kampfaufgabe fortzusetzen und Verluste und dem Personal zu verhindern.

Am 14. März bezwang eine Panzermannschaft der dritten Kompanie eines Panzerbataillons bei der Deckung von Aktivitäten einer Spezialgruppe drei Mannschaften von Antipanzerlenkraketen, zwei Maschinengewehrzellen, vernichtete zwei Schützenpanzerwagen des Gegners. Während des Kampfes ging der Mannschaft die Munition aus, aber sie entschied, den Kampf unter Nutzung der vorhandenen Schusswaffen fortzusetzen und ermöglichte es so der Spezialgruppe die Kampfaufgabe ohne Verluste fortzusetzen. Der Kommandeur des Panzers war Oberfeldwebel Anton Alexejewitsch Beloussow, der Richtschütze Iwan Andrejewitsch Borsjak, der Mechaniker/Fahrer, der Gefreite Walerij Nikolajewitsch Romanenko.

Ich will mich an die zivilen Einwohner, die sich auf den zeitweilig von ukrainischen Nationalisten besetzten Territorien befinden, wenden und mich für die operativen Informationen über die Handlungen des Gegners und hilfsbedürftige Bürger bedanken.

Dank Ihnen wurde seit Beginn des heutigen Tages eine Batterie Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ vernichtet und 37 Zivilisten, die von Nationalisten im Keller eines Wohnhauses in Mariupol festgehalten wurden, evakuiert.

Ich erinnere daran, dass alle Bürger, die über wichtige Informationen verfügen, diese anonym über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ weitergeben können. Alle Meldungen und Informationen werden von unseren Spezialisten bearbeitet. Gemeinsam werden wir unser Land vom faschistischen Dreck säubern.

18:40 de.rt.com: **Russischer Geheimdienst FSB: Ukrainische Marine sperrt Zufahrt zu Häfen mit rund 420 Minen**

Wie die Agentur RIA Nowosti meldet, soll die ukrainische Marine nach Angaben des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB rund 420 Minen in den Zufahrten zu den Häfen von Odessa, Otschakow, Tschornomorsk und Juschnyj gelegt haben.

Dabei soll es sich um die veralteten Typen von Anker- und Ankerflussminen handeln, die hauptsächlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts produziert wurden.

"Da die Oberflächenströmung in den Gebieten der genannten ukrainischen Häfen von südlichen Strömungen dominiert werden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Sprengminen in den Bosphorus und weiter in die Meere des Mittelmeerbeckens treiben", heißt es in dem Bericht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62360eca48fbef46d47fc010.jpg>

19:05 de.rt.com: **Laut LVR sollen ukrainische Streitkräfte den Evakuierungspunkt in Rubeschnoje beschossen haben**

Nach Angaben der Behörden der Volksrepublik Lugansk (LVR) fand der Beschuss statt, als Frauen mit Kindern in Autos stiegen. Dies [meldet](#) die Agentur TASS. Ukrainische Einheiten hätten am Samstag mit Mörsern und Raketenartillerie das Gelände einer Schule in Rubeschnoje beschossen, auf dem ein Sammelpunkt für die Evakuierung von Zivilisten eingerichtet war. Dies habe die Erste Stellvertretende Außenministerin der Volksrepublik Lugansk, Anna Soroka, mitgeteilt.

"Wir kommen aus Rubeschnoje zurück. ... Die Ukraine hört nicht eine Minute lang auf, den von der LVR kontrollierten Teil der Stadt zu beschießen. In dem Moment, als Frauen und Kinder in die Autos stiegen, begann der Beschuss. 120-Millimeter-Mörser und Granaten bedeckten den Platz der Schule, in deren Keller ein spontaner Luftschutzbunker eingerichtet wurde", wird sie von der Nachrichtenagentur LuganskInformZentr zitiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623617e5b480cc795978e779.png>

19:30 de.rt.com: **Roskosmos erklärt Hintergründe der gelb-blauen Anzüge russischer Kosmonauten**

Der Sprecher von Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos Dmitri Strugowez hat Spekulationen zurückgewiesen, dass die gelb-blauen Anzüge dreier auf der Internationalen Raumstation ISS eingetroffener Kosmonauten einen Ukraine-Bezug hätten:

„Im Allgemeinen ist die Wahl darauf zurückzuführen, dass dies die korporative Farbe der Staatlichen Technischen Universität Moskaus ist. Und alle drei Besatzungsmitglieder, die gestern auf der Station angekommen sind, sind Absolventen dieser Universität.“

Strugowez fügte hinzu, dass einer der drei russischen Raumfahrer, Oleg Artemjew, bereits in der Vergangenheit einen solchen gelb-blauen Anzug getragen habe. Artemjew war am Freitag gemeinsam mit seinen Kollegen Denis Matwejew und Sergei Korssakow in einem Raumschiff an der ISS andockt. Artemjew erklärte die Farbwahl nach Angaben der Agentur RIA Nowosti damit, dass sich in den Lagern viel gelber Stoff angesammelt habe.

Im Internet sorgten die Bilder der drei Russen in gelb-blauen Anzügen für Diskussionen. Weil Gelb und Blau auch die Farben der ukrainischen Flagge sind, vermuteten manche, es könne sich um eine Solidaritätsgeste mit dem Land handeln, gegen das Russland seit dem 24.

Februar Krieg führt. Andere meinten, es könne umgekehrt eine Anspielung auf die Angliederung der ukrainischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim an Russland vor acht Jahren sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6236217848fbef45e742352c.jpg>

20:00 de.rt.com: **Moskau warnt: Ukraine plant Angriff auf diplomatische Einrichtungen**

in Lwiw

Russland hat der Ukraine vorgeworfen, unter falscher Flagge Angriffe auf Einrichtungen westlicher Diplomaten in der westukrainischen Stadt Lwiw (Lemberg) vorzubereiten. „Das nationalistische Kiewer Regime plant, Angriffe auf diplomatische Objekte der USA und westlicher Länder als angeblichen ‚gezielten Angriff der russischen Streitkräfte‘ darzustellen“, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Samstagabend. So solle Druck auf die Nato erzeugt werden, um weitere Waffenlieferungen und eine Flugverbotszone über der Ukraine zu erwirken.

Später hieß es aus Moskau zudem, Kiew plane in den Regionen Sumy und Mykolajiw Angriffe auf Zivilisten mit Chemikalien.

20:30 de.rt.com: Laut UNO: Bisher 847 Zivilisten in der Ukraine getötet

Seit Beginn des Krieges sind in der Ukraine nach Angaben der UNO bis zum Freitag mindestens 847 Zivilisten getötet worden. Wie das UN-Büro für Menschenrechte weiter mitteilte, seien mindestens 1.399 Nicht-Kombattanten verletzt worden. Die meisten Menschen seien durch Artilleriefeuer oder Raketeneinschlag getötet worden. Die UNO erklärte weiter, man gehe von einer höheren Dunkelziffer aus, da Berichte über Todesfälle in umkämpften Städten nicht überprüft werden konnten.